

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mifflinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dänhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abmängung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 27. August 1930

Frankreich und die Wahlen.

Von unserem Pariser Mitarbeiter.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Paris, 27. August (Eig. Bericht)

In keinem Land werden die deutschen Wahlen mit größerem Interesse verfolgt als in Frankreich. Alltäglich veröffentlichen die Blätter aller Parteien und Richtungen ausser den durch die Agenturen oder Privatkorrespondenten übersandten Telegrammen noch ausführliche eigene Betrachtungen. Der Kampf zwischen den einzelnen Parteien, die Persönlichkeiten, die eine führende Rolle spielen, die sachlichen Fragen, die im Vordergrund der Wahlausinandersetzungen stehen, werden oft bis in die feinsten Nuancen geschildert, wobei allerdings nicht immer die Objektivität ausschlaggebend ist, sondern der ersichtliche Wunsch der Verfasser, die Richtigkeit der einen oder der anderen These nachzuweisen.

Für die Blätter und Männer der Rechten ist alles willkommen, was die Behauptung zu bekräftigen scheint, dass die "Vertrauenspolitik Briands Schiffbruch erlitten hat" und dass man einem völligen Umschwung der deutschen Aussenpolitik entgegengehe, die auch Frankreich zwingen werde, das Steuerrad im Quai d'Orsay umzustellen. Die Tatsache, dass einer der leidenschaftlichsten Hetzer, der Abgeordnete Franklin Bouillon, die letzten Reden des Herrn Treviranus zum Anlass genommen hat, um jetzt schon, zwei Monate vor dem Wiederzusammentritt der Kammer, eine Interpellation über die Aussenpolitik und "gewisse in Deutschland gemachten ministeriellen Erklärungen" einzubringen, zeigt, auf wessen Mühle in Frankreich die deutschen Rechtsparteien traubendes Wasser führen.

Für die Blätter und Männer der Linken ist alles willkommen, was ihnen nachzuweisen erlaubt, dass die unbedingt auf die Erhaltung des Friedens eingestellten, zuverlässig republikanischen Kräfte Deutschlands keineswegs dem Zusammenbruch nahe sind. Die Tatsache, dass sie dabei betonen, dass selbstverständlich auch die deutschen Linksparteien sich das Recht vorbehalten, in bezug auf die Verhältnisse, wie sie etwa durch die Friedensverträge im deutschen Osten geschaffen wurden, Forderungen zu erheben, die auf eine der Zusammenarbeit zwischen den Völkern dienlichere friedliche Neugestaltung hinzielen, zeigt, dass die französische Linke ihre Augen vor gewissen Notwendigkeiten nicht verschliesst.

Während die Rechte aus den Reden und Aeusserungen der völkischen, national-"sozialistischen" Propaganda oder aus den Trompetentönen des Herrn Treviranus den Beweis herauszudestillieren sucht, dass Deutschland bewusst auf neuen Krieg hintreibe, und Frankreich deshalb stärker als je gerüstet sein müsse, bemüht sich die Linke, ohne die Sorge zu verbergen, die ihr das Anwachsen der Hitlerbewegung verursacht, das Vertrauen in den Sieg des locarnistischen Deutschland zu stärken.

"Systematische Verblendung, jahrelange Irreführung des französischen Volkes" werfen die Rede- und Federhelden der Rechten deshalb der Linken, in erster Linie den Sozialisten vor. Und da sie die Ereignisse der letzten Monate vom Austritt der Sozialdemokraten aus der deutschen Regierung bis zu den Sachsenwahlen, dem Verschwinden der demokratischen Partei in der Mahraun'schen Ritterschaft, den Treviranusreden geschickt darzustellen und in einem politischen Bukett zusammenzustellen wissen, ist es der Rechten zweifellos auch gelungen, weite Kreise

Frankreichs zu beeindrucken.

Ohne zu übertreiben darf man zusammenfassend sagen, dass die nationalistischen Elemente, die Schluss machen möchten mit der Annäherungspolitik und die damit rechnen, dass Deutschlands weltpolitische Geltung geschwächt würde, wenn es in aussenpolitischer Hinsicht die von der Sozialdemokratie und Stresemann befolgten Wege verliesse, ihre ganze Hoffnung auf einen möglichst starken Erfolg der Hitler und Hugenberg setzen: dann wäre auch der Weg frei, um Briand's Sturz zu versuchen und jeder Abrüstungspolitik den Garaus zu machen.

Ebenfalls ohne zu übertreiben darf man sagen, dass diejenigen Elemente, die sei es auf der Linken, sei es im Zentrum der Kammergruppen, sich bereit zeigen, mit einem demokratisch-republikanisch stabilisierten Deutschland über alle Fragen zu diskutieren und eine wirklich für sämtliche Teile fruchtbare Verständigung herbeizuführen, den Sieg der deutschen Linksparteien wünschen. Wobei es sich herausstellt, dass die jüngsten Ereignisse den Einfluss, den die Sozialdemokratie, die im Ausland immer mehr als die festeste Säule der deutschen Republik betrachtet wird, als aussenpolitischer Faktor ausserordentlich gesteigert haben. Das geht am besten aus den Heulrufen der aktivsten Schreier im französischen nationalistischen Lager hervor, die es für notwendig halten, jetzt schon davor zu warnen, etwa zu einer von Sozialdemokraten beherrschten deutschen Regierung mehr Vertrauen zu haben als zu einer hugenbergianisch gefärbten.

Weil sie wissen, dass mit Hitler-Hugenberg oder mit einer Regierung, die etwa den Wahlpropagandastil des Herrn Treviranus zur offiziellen Verhandlungssprache machen möchte, auch die französische Linke in keinerlei nützliche Verhandlungen eintreten könnte, überbieten sich die Leute von der royalistisch-deutschfresserischen "Action Francaise", von dem katholisch-päpstlich-chauvinistischen "echo de Paris", von dem grossindustriell-ultranationalistischen "Ordre" in Prophezeiungen eines "grossen Sieges der deutschen Rechten".

Am Tag, an dem die Hoffnungen der Hitler-Hugenberg zusammenbrechen, würden auch in Frankreich die schlimmsten Gegner einer völligen Wiedergleichstellung Deutschlands und einer vernünftigen Lösung der noch schwebenden Fragen ihre Hetzfahne auf Halbmast zurückstecken müssen.

SPD. Die Kommunistische Partei ist die letzte Hoffnung des Bürgertums. Ihr wahres Wesen wird gekennzeichnet durch das Wort eines Bürgerlichen: "Wenn die Kommunistische Partei nicht existierte, so müssten wir sie erfinden."

Die Kommunistische Partei kennt nur ein praktisches Ziel: die Spaltung der Arbeiterklasse. Eine geschlossene und einheitliche Ausnutzung der Macht der Arbeiterschaft in der Demokratie ist solange nicht möglich, als die Kommunistische Partei noch Mitläufer aus der Arbeiterklasse findet.

Das Besitzbürgertum lacht über den Anblick, der sich ihm im Arbeiterlager bietet!

Im Parlament verhindern die Kommunisten eine einheitliche Vertretung der Arbeiterinteressen und erleichtern bürgerlichen Minderheiten das Handwerk. Die Existenz der Kommunistischen Partei ist der Hauptgrund dafür, dass der parlamentarische Schwerpunkt nach rechts gewandert ist.

In den Gewerkschaften haben die Kommunisten die Spaltung organisiert, sie kämpfen nicht gegen das Unternehmertum, sondern gegen die organisierten Arbeiter.

In der Kulturbewegung der Arbeiterschaft spielen die Kommunisten die gleiche Rolle: Spaltung im Arbeitersport, Spaltung bei den Freidenkern, Spaltung im Arbeiter-Radiobund - Spaltung überall, wohin man auch blickt.

Im Politischen, im Wirtschaftlichen, im Kulturellen - überall dasselbe. Überall bohhafter Kampf gegen die Einheit der Arbeiterklasse. Das Band der Arbeitersolidarität wird zerrissen, der Arbeiter wird auf den Arbeiter gehetzt. Statt Aufklärung und Werbearbeit für den Sozialismus Brunderhass! Die Arbeiterschaft muss einig werden!

Teile und herrsche, heisst ein altes politisches Sprichwort. Weil die Kommunisten die Arbeiterschaft teilen, kann das Besitzbürgertum nach der Herrschaft

greifen.

Arbeiter, wollt ihr noch länger zum Gelächter des Bürgertums werden, noch länger das Treiben der Kommunisten dulden? Wie ein Bleigewicht hängt die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse am Fusse und hemmt ihren Willen zum Aufstieg.

Arbeiter! Schüttelt den kommunistischen Hemmschuh ab!

SPD. Paris, 27. August (Eig. Drahtb.)

Der Arbeitgeberverband von Armenvilliers, wo der Ausstand der Arbeiter jetzt bereits sieben Wochen dauert, ist am Mittwoch an die Streikleitung mit dem Angebot herangetreten, den Konflikt auf der gleichen Basis beizulegen wie dies in Lille geschehen ist. In der am Freitag stattfindenden Generalversammlung der Arbeiter wird dieser Vorschlag zur Diskussion gelangen.

Die Gewerkschaftsorganisationen von Roubaix und Tourcoing, wo man von einer Lösung des Konfliktes heute noch genau so weit entfernt ist wie vor vier Wochen, haben sich in einem Brief an den Arbeitsminister Laval gewandt, in dem es zum Schluss unter Bezugnahme auf die letzten zynischen Erklärungen des Syndikus des Textilkonsortiums, Desiré Ley, heisst: "Es ist unmöglich, dass man unter einem demokratischen Regime die Willkür einer ökonomischen Macht bis zu jenem Grade dulden kann, dass sie die Unabhängigkeit und die Würde der freien Bürger untergräbt.... Die Regierung der Republik darf die Bevölkerung zweier Städte wie Roubaix und Tourcoing nicht verlassen, sie darf sie nicht einer Clique von Industriellen ausliefern, die selbst einem Subjekt wie Desiré Ley hörig ist."

SPD. Unsere Nachricht, dass die Reichsregierung eine Neuregelung der Verteilung der Hauszinssteuer plane und zwar in dem Sinne, dass den Ländern die Mittel zur Beschaffung von Neubauwohnungen nicht unerheblich beschnitten werden sollen, wird von der "Germania" als "Phantasiemeldung" betrachtet.

Am Donnerstag nachmittag soll über die tagelangen Beratungen der Reichsregierung zur Finanzreform und zur Aenderung des Finanzausgleichs eine endlose amtliche Meldung erscheinen und dann werden wir ja sehen, wer phantasiert hat, die "Germania" oder wir! Vorläufig begnügen wir uns auf Grund zuverlässiger Informationen mit der Feststellung, dass der Plan der Regierung Brüning inzwischen zum Beschluss erhoben worden ist, und zwar in dem Sinne, dass ein grosser Teil der Hauszinssteuer künftig für allgemeine Finanzzwecke benutzt und der Wohnungsneubau eingeschränkt werden soll.

SPD. Paris, 27. August (Eig. Drahtb.)

Der Goldvorrat der Bank von Frankreich ist in den letzten Wochen derart angewachsen, dass die Bankleitung beschloss, Gold nunmehr in Barren an Private zu verkaufen. Allerdings ist es noch nicht soweit, dass die misstrauische Bäuerin ganz einfach ihren 100 Frankenschein in Gold eintauschen könnte, um den Sparstrumpf mit "sicherem" Gelde zu füllen. Die Mindestsumme, für die man vorläufig Gold kaufen kann, beträgt 250 000 Franken, allerdings soll man dafür schon ein "schönes Stück" bekommen.

SPD. Reichsarbeitsminister Stegerwald ergreift in der Angelegenheit der Angestelltenentlassungen durch die Berliner Metallindustrie nochmals das Wort und stellt fest, dass "einzelne Parteiorgane gegen ihn den Vorwurf erhoben hätten, er sei vor den Wünschen der Metallindustriellen zurückgewichen, indem er erklärt habe, dass der Vergebung von Aufträgen aus dem Arbeitsprogramm an Firmen der Berliner Metallindustrie seinerseits nichts im Wege stehe". Der Reichsarbeitsminister will mit seinem Erlass vom 30. Juni, in dem er von unsozialem Verhalten der Firmen spricht und die Erteilung von Aufträgen von dem sozialen Verhalten abhängig macht, "allgemein" geredet und "nicht bestimmte Firmen gemeint" haben. "Ein begründeter Anlass, die Berliner Firmen", die durch Massenentlassungen ohne Zweifel ihr unsoziales Verhalten bekunden, "von Staatsaufträgen auszuschliessen, läge nicht vor. Ein solches Vorgehen hätte auch nicht den Angestellten gedient, dann wären in Berlin lediglich noch mehr Entlassungen von Angestellten und Arbeitern erfolgt."

Die Erklärung Stegerwalds klingt äusserst merkwürdig. Wenn er sich im Juli mit dem unsozialen Verhalten von Firmen auseinandersetzte und die Hand zur Drohung erhoben hat, dann muss er doch auch bestimmte Firmen gemeint haben. Oder ist es neuerdings bei allen Kabinettsmitgliedern Sitte, inhalts- und gegenstandsloses Gerede in die Welt zu setzen? Wenn es dann darauf ankommt, werden Missverständnisse vorgetäuscht und alles war anders gedacht, als es zunächst angenommen wurde. Treviranus hat diese Methode erfunden, Stegerwald hat sie nachgeahmt. Und doch ist nicht zu bestreiten, dass der Herr Reichsarbeitsminister in Wirklichkeit vor den Berliner Metallindustriellen kapituliert hat, wie noch nie ein Arbeitsminister vor ihm!

SPD, Koblenz, 27. August (Eig. Drahtb.)

In Koblenz wird spätestens im Frühjahr nächsten Jahres mit dem Bau einer neuen Moselbrücke anstelle der über 600 Jahre alten Balduinbrücke begonnen werden. Der Bau ist mit insgesamt 6,6 Millionen Mark veranschlagt. Die Mittel sollen wie folgt aufgebracht werden: 1 Million aus dem Westprogramm, 1,3 Millionen aus der Ablösungssumme für die Balduinbrücke, 1,2 Millionen von der Provinzialverwaltung und 1,5 Millionen als Darlehen aus der Erwerbslosenfürsorge. Der Rest soll auf dem Anleihewege beschafft werden.

SPD, Wetzlar, 27. August (Eig. Drahtb.)

Der Regierungspräsident von Koblenz hat den Bürgermeister von Wetzlar Dr. Kühn und den städtischen Baumeister Hepp vom Dienste enthoben und beiden das Betreten des Rathauses untersagt. Bei der Verwendung städtischer Baugelder sollen Unregelmässigkeiten vorgekommen sein, für die die beiden Beamten verantwortlich gemacht werden.

SPD, Köln, 27. August (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum 26. August wurde das Mitglied des Jungdeutschen Ordens Hans Bellinghausen aus Köln auf dem Wege von einer Versammlung nach Hause von 3 Radfahrern verfolgt, niedergeschlagen und durch einen Messerstich in den Rücken, der die Lunge verletzte, in Lebensgefahr gebracht. Die Täter sollen Kommunisten sein, Näheres ist jedoch nicht bekannt.

SPD. In den nach der Auflösung des Reichstags auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungen der Regierung Brüning wird u.a. bestimmt, dass jeder Kassenpatient einen Krankenschein nur gegen vorherige Zahlung von 50 Pfg. erhält. Dazu teilt ein Berliner Arzt der Öffentlichkeit jetzt einen Fall mit, in dem durch eine 24 stündige Verzögerung, die entstanden ist, weil eine Patientin die 50 Pfennig im Augenblick nicht bei sich hatte, die Behandlung einer schweren Erkrankung im Anfangsstadium unmöglich gemacht wurde. Die Behandlung konnte erst verspätet einsetzen und die Patientin war nicht mehr zu retten.

An einem Dienstag erschien eine 16 Jahre alte Angestellte eines Berliner Warenhauses in der Geschäftsstelle ihrer Betriebskrankenkasse und erbat einen Krankenschein, da sie starke Halsbeschwerden habe. Fünfzig Pfennig hatte sie nicht bei sich. Anstatt ihr nun den Schein auszustellen und das Geld dann von den Angehörigen einzufordern oder ihr vom Gehalt einzubehalten, verweigerte man die Ausstellung. Erst am Mittwoch erhielt sie den Schein, ging zum Arzt, der eine schwere Unterkiefer-Entzündung feststellte und sie zunächst zum Zahnarzt schickte. Dort stellte sich heraus, dass der Zustand der Patientin ausserordentlich ernst war, und der Zahnarzt überwies sie mit dem Zusatz "desolater Zustand" an eine Klinik.

Zum Unglück waren drei Kliniken, die das junge Mädchen aufsuchte, überfüllt. Verzweifelt und vor Schmerzen halb ohnmächtig ging sie, da ihr Fahrgeld zu Ende war, zu Fuss nach Hause, wo der Vater für sie dann einen Krankenwagen herbeiholte, der sie nach dem Hedwigs-Krankenhaus schaffte. Dort musste sie sofort einer schweren Operation unterzogen werden, da die Entzündung inzwischen auf Kehlkopf und Brustfellraum übergegriffen hatte. Trotz aller Bemühungen war das junge Mädchen nicht mehr zu retten. Sie starb wenige Stunden nach der Operation.

Um 50 Pfennig in den Tod! Vielleicht kommt der Regierung Brüning und ihrem Arbeitsminister nun doch langsam zum Bewusstsein, was sie angerichtet haben.

SPD. München, 27. August (Eig. Drahtb.)

In dem Schreiben, das die Sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags dem Landtagspräsidenten am Mittwoch übermittelt hat, erklärt sie zunächst ihre Bereitwilligkeit, den der Stärke der Sozialdemokraten im bayerischen Landtag entsprechenden Teil der Verantwortung an der Führung der Staatsgeschäfte zu übernehmen. Dann heisst es wörtlich:

"Wenn wir Ihren Auftrag zur Regierungsbildung weiter verfolgen, so sind wir uns von vornherein klar darüber, dass die durch jahrelange schwere Versäumnisse entstandenen Fehlbeträge des Staatshaushalts nicht in einem Jahre beseitigt werden können. Als verantwortungsbewusste Partei betrachten wir es auf alle Fälle, ob innerhalb oder ausserhalb der Regierung, auch in Zukunft als unsere Aufgabe, der unbedingt notwendigen Ausgleicheung des Haushalts die Wege zu ebnen. Geeignete Mittel hierfür scheinen uns zu sein vor allem die endliche Inangriffnahme einer grundlegenden Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung und die Vornahme weiterer Einsparungen im Staatshaushalt auch bei den freiwilligen Leistungen des Staates an die Religionsgesellschaften. Die Einzelheiten bleiben näherer Vereinbarung der zur Regierungsbildung bereiten Parteien vorbehalten."

In unserem Beschluss, Ihren Auftrag anzunehmen, wurden wir bestärkt durch die zwingende Notwendigkeit, auf dem Wege der Kreditbeschaffung durch ein weitgreifendes Arbeitsbeschaffungsprogramm dem notleidenden Volk und der Wirtschaft zu Hilfe zu kommen und auch die Beziehungen des bayerischen Staates zu seinen Gemeinden grundlegend zu ändern. Unbeschadet der Lösung dieser Fragen erwarten wir die rascheste Inangriffnahme der Schaffung eines neuen Landeswahlgesetzes. Durch die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung darf diese vorrangigste Massnahme nicht verzögert werden. Da wir Sozialdemokraten im Landtag über keine Mehrheit verfügen, ersuchen wir Sie, Herr Präsident, unsere Stellungnahme den Fraktionen der Bayerischen Volkspartei, des Bayerischen Bauernbundes und der Gruppe der Deutschnationalen zur Kenntnis zu bringen."

Mit den in dem Brief niedergelegten Gedanken ist das Regierungsprogramm der Sozialdemokraten natürlich nicht erschöpft. Sie sollen lediglich die Grundlage für den ernsthaften Versuch einer Regierungsbildung bilden. Das Wort haben nun jene Parteien, denen das Schreiben zugeleitet wird.

SPD. Brüssel, 27. August (Eig. Drahtb.)

In einem Ostender Kino wurde der 68 jährige pensionierte deutsche General Heinrich Grossmann, wohnhaft in Berlin, wegen Sittlichkeitsverbrechens verhaftet. Der General hatte im Kursaal von Ostende einen jungen Mann zum Kinobesuch eingeladen, der sofort die Polizei benachrichtigte. Als der General dann in der Kinologe erschien, wurde er von der Polizei festgenommen.

Grossmann, der sich seit Anfang Juli in Belgien aufhält, war im Fremdenregister überhaupt nicht eingetragen. In seinem Zimmer wurde eine grosse Menge Lichtbilder und Photographien junger Männer gefunden. Grossmann wurde in das Gefängnis von Brüssel gebracht.

SPD. Kopenhagen, 27. August (Eig. Drahtb.)

In dem festlich geschmückten Saal des dänischen Reichstags wurde am Mittwoch durch den Vorsitzenden des dänischen Metallarbeiter-Verbandes der 12. Internationale Metallarbeiterkongress eröffnet. Auf dem Kongress sind 81 Delegierte aus 15 Ländern anwesend.

Der Sekretär der Internationale Jlg dankt für den Empfang durch die dänischen Metallarbeiter und rühmt ihre gute Organisation. Der Kongress trete in einer Zeit grosser wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten zusammen. Es werde daher aller Kräfte bedürfen, um erfolgreiche Arbeit leisten zu können. Das Bürgertum sei heute reaktionärer denn je. Als sichtbaren Ausdruck dieser Tatsache müsse man feststellen, dass es den finnischen und jugoslawischen Kameraden nicht möglich sei, den Kongress zu besuchen, weil ihnen von ihren Regierungen die Ausreise verweigert worden sei. (Lebhafte Pfuirufe.) Zwischen dem Produktionsapparat und der Kaufkraft der breiten Massen bestehe ein gewaltiges Missverhältnis und darin sei die Hauptursache der Dauerkrisen zu sehen, in denen sich gegenwärtig die kapitalistische Wirtschaft befinde. Die Metallarbeiter-Internationale sei vom Geiste der besten Solidarität beseelt, aber es klafften noch grosse Lücken in dem Organisationsgebäude, die es auszufüllen gelte.

In das Präsidium des Kongresses werden einstimmig gewählt: Kjårbøl-Dänemark Brandes-Deutschland, Brownlie-England, Solau-Belgien und Hampl-Tschechoslowakei. In der Nachmittagsitzung, die von Brandes-Deutschland eröffnet wird, ergänzt Jlg den gedruckt vorliegenden umfangreichen Geschäftsbericht. Er verweist besonders auf die Unterschiede bei der Betrageleistung in den verschiedenen Ländern und macht darauf aufmerksam, dass dort, wo die höchsten Beiträge gezahlt werden, auch die besten Arbeitsbedingungen bestehen. Als erste Berufsinternationale hätten die Metallarbeiter die Förderung der Propaganda in den organisatorisch rückständigen Ländern begonnen. Alle Landesorganisationen würden dazu beitragen, dass gemeinsame Propagandasekretariate erhalten werden. - Der Bericht wird ohne Debatte genehmigt. Brownlie-England referiert dann über die wirtschaftliche Lage in Grossbritannien, Solau über die Verhältnisse in Belgien und Frankreich.

SPD. Weimar, 27. August (Eig. Drahtb.)

In Thüringen ist zwischen der Wirtschaftspartei und den Hakenkreuzlern ein heftiger Kampf entbrannt. In diesem Kampf hat die Wirtschaftspartei jetzt einen offenen Brief an Frick gerichtet, weil sein Parteifreund Goebbels in einem nationalsozialistischen Winkelblättchen geschrieben hatte, Frick habe aus Thüringen wieder ein Land der Sauberkeit gemacht. Diese Behauptung wird von der Wirtschaftspartei

partei als ein aufgelegter Schwindel bezeichnet. Weiter hatte Goebbels behauptet, Frick habe Thüringen vor dem Schicksal bewahrt, von dem roten Preussen verschluckt zu werden.

Die Wirtschaftspartei fragt Frick in ihrem offenen Brief, ob ihm beim Lesen der Auslassungen des Herrn Goebbels angesichts der vielen Unrichtigkeiten und Verlogenheit, die darin enthalten seien, nicht die Schamröte ins Gesicht gestiegen sei. Er wird schliesslich aufgefordert, den aufgelegten Schwindel und die Verlogenheiten seines Parteifreundes Goebbels öffentlich richtigzustellen.

SPD. Wien, 27. August (Eig. Drahtb.)

In der Mittwochsitzung des Internationalen Genossenschaftskongresses wandt sich der sowjetrussische Delegierte Kiriewski gegen den Grundsatz der politischen Neutralität der Genossenschaften und erklärte, dass die Säuberung der Prinzipien der Genossenschaftsbewegung erst nach dem Siege der Diktatur möglich sei. Im Gegensatz zu ihm sprach sich der russische Emigrant Professor Totomianz für die politische Neutralität der Genossenschaften aus. Die grosse Zahl der Mitglieder der Genossenschaften in Sowjetrussland stände übrigens nur auf dem Papier.

Der Engländer Allen beantragte eine Entschliessung, die eine innigere Verbindung zwischen den genossenschaftlichen Organisationen der Verbraucher und der landwirtschaftlichen Produzenten wünscht. In der Debatte hielt Feuerstein in Deutschland eine mit grossem Interesse aufgenommene Rede, in der er u. a. sagte: "Es ist der Wille der deutschen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung, der Landwirtschaft gegenüber alles zu tun, was den engsten geschäftlichen Verkehr zwischen ihr und den Genossenschaften herbeiführen kann. Dieser unser Wille wird aber stark durch die Tatsache belastet, dass die parlamentarischen Führer der deutschen Landwirtschaft sich bei allen Gelegenheiten als Gegner der deutschen Konsumgenossenschaften zeigen. Wir stehen in einem harten Kampf gegen die Ausnahmesteuergesetze der Mehrheitsparteien des Reichstags und aller unserer Länderparlamente. In diesem Kampf sind die parlamentarischen Führer der deutschen Landwirtschaft am stärksten exponiert und sie müssen verstehen, dass das psychologisch eine Belastung ist, die uns zwingt, sehr vorsichtig zu sein. Es handelt sich um die Entpolitisierung der Atmosphäre zwischen der Landwirtschaft in Deutschland und der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung."

Der Antrag des Engländers Allen wurde schliesslich angenommen.

SPD. London, 27. August (Eig. Drahtb.)

Der Unterhausabgeordnete Toole, Mitglied der Labour-Party, ist von einer russischen Ferienreise zurückgekehrt und gibt in der englischen Presse nachfolgende Eindrücke über Russland wieder:

"Ich war immer ein Freund Russlands. Ich habe im Parlament bei jeder Gelegenheit für Russland gesprochen und ich werde trotz allem, was ich gesehen habe, ein Freund Russlands bleiben und für alle russischen Handelskredite stimmen. Aber ich muss gestehen, dass mein Erstaunen über die wahren Verhältnisse in Russland umso grösser ist, wenn ich damit die Berichte vergleiche, die uns von Zeit zu Zeit von kommunistischen Besuchern des Landes gegeben werden. Ich bin erschrocken. Es sind harte Dinge, die ich sagen muss, aber sie sind wahr.

Niemals habe ich irgendwo in der Welt, weder in Amerika noch in Europa, eine solche verworfene Armut gesehen, so viele Bettler, so viele Betrunkene als in den Hauptstrassen von Leningrad und Moskau, gesehen. Russland ist in einem schrecklichen Chaos. Die Kosten der Lebenshaltung sind alarmierend hoch. Der durchschnittliche Normalverdienst eines Industriearbeiters beträgt 50 Rubel. Da der Rubel zwei Schilling zwei Pence wert ist, so bedeutet dies, dass der Arbeiter von Roggenbrot und Gemüse leben muss. Alle Nahrungsmittel, Kleider und Schuhe sind rationiert, selbst die Schuhreparatur. Vor den Läden stehen die

Frauen und Kinder Schlange nach Lebensmitteln. Ein grosser Teil der Bevölkerung trägt als Schuhwerk nur Zehenschoner aus Lumpen. Viele weibliche Arbeiter haben überhaupt nichts an den Füssen. Das ist nicht erstaunlich, wenn man die Preise betrachtet. Für ein Paar gute Schuhe muss man neun englische Pfund Sterling bezahlen und für eine Schuhreparatur 30 Schilling. Das Pfund Butter kostet 19,6 Schilling und ist zu diesem Preis obendrein sehr schlechter Qualität. Ein Ei kostet einen Schilling. Ich habe 20 Schilling für ein Huhn ausgegeben, sechs Schilling für einen Blumenkohl, eine Orange kostet 7,6 Schilling, ein Apfel vier Schilling.

In den Hotels werden die grössten Anstrengungen gemacht, die Gäste zufriedenzustellen, damit sie einen guten Eindruck bekommen. Es wurde mir gesagt, dass ich als Engländer besser gepflegt werde als irgend ein anderer. Neben der Rationierung und den hohen Lebensmittelpreisen hat sich ein Privatmarkt in den Städten aufgetan und in den Strassen von Moskau ist zu sehen, wie Leute, die eben noch stundenlang vor den Läden gewartet haben, um ihre Rationen zu kaufen, diese wieder zu teuren Preisen verkaufen. Ich behaupte, dass der englische Arbeitslose mit Frau und drei Kindern besser dran ist als der beschäftigte Arbeiter in Russland. Man darf sich nicht einmal einbilden, dass in Russland die Klassenunterschiede aufgehoben werden. Die Klasse der Unterdrückten besteht noch, nur ihre Form und die Personen haben sich geändert. Zwar ist man in Russland als Fremder ständig beobachtet und auch ich konnte keinen Schritt allein tun. Man muss dorthin gehen, wohin einen die Beamten führen. Aber die wahren Zustände des Landes können durch nichts verhüllt werden.

Alle 5 oder 10 Minuten durchziehen bewaffnete Soldaten der Roten Armee die Strassen und angesichts dieser Machtentfaltung gibt es keine andere öffentliche Meinung ausser der von oben vorgeschriebenen. Eine Despotie hat die andere abgelöst. Die Ordnung ist nur durch das Schwert aufrecht erhalten und durch den brutalen Büttel. Keine persönliche Freiheit existiert. Der mit Revolver und Knüppel die Strasse patrouillierende Schutzmann unterscheidet sich von dem englischen nur durch die Farbe seiner Uniform. Den einzigen Trost, den heute der Russe vielleicht haben könnte, ist der, dass er jetzt von einem roten Schutzmann mit einem roten Knüppel auf den Kopf geschlagen wird statt früher von einem kapitalistischen Schutzmann mit einem weissen Knüppel. Als ich in Moskau war, tagte der internationale kommunistische Gewerkschaftskongress. Rote Banner trugen die Aufschrift: "Gewerkschaftler bringt dem Weltkapitalismus keinen Frieden, sondern ein Schwert." Zweifellos, das Schwert ist nach Russland gebracht worden. In Wahrheit erinnert die gesamte Atmosphäre im heutigen Russland an die der schlimmsten Periode in der englischen Kriegszeit."

Zum Schluss seiner von der englischen Presse und auch vom "Daily Herald" wiedergegebenen Erklärung sagt Toole, es sei kein Zweifel, dass sich die russische Bevölkerung jeder aussenpolitischen Einmischung widersetzen würde. Denn die Bevölkerung glaube an die Sowjetmacht und an den Sieg ihrer Idee und hierfür ertrage sie die schlechten Lebensbedingungen. Vielleicht mag trotz dieser schlimmen Zustände das gegenwärtige System das beste für Russland sein, so schliesst Toole seine Ausführungen: "Wenn ich aber höre, dass man von englischen kommunistischen Anhängern ein ähnliches System wie das gegenwärtige russische für England empfiehlt, dann denke ich, dass diese Leute ihre Konferenzen in einer Irrenanstalt abhalten sollten."

SPD, Weimar, 27. August (Eig. Drahtb.)

Der thüringische Landeskirchenrat hat verfügt, dass sich die thüringischen evangelischen Geistlichen jeder parteipolitischen Betätigung im Wahlkampf zu enthalten haben. Die Nationalsozialisten protestieren gegen den Beschluss.

Vor einigen Tagen war bereits ein Redeverbot gegen einen Pfarrer ergangen, der als religiöser Sozialist in einer Wahlversammlung der SPD sprechen sollte.

S&D- Bombay, 27. August (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch wurde ein drittes Bombenattentat innerhalb zweier Tage in Kalkutta verübt. Diesmal fiel der Explosivkörper auf die Veranda einer Polizeistation und verwundete einen Gendarmen und drei Eingeborene.

15 Kongressmitglieder, die am Mittwoch in Kalkutta eine Demonstration abhalten wollten, wurden verhaftet und von einem Schnellgericht zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt.

SPD. Wien, 27. August (Eig. Drahtb.)

In Köflach kam es nach einem Fest der Wehrmacht, an dem auch Heimwehr teilgenommen hatte, zu einem Ueberfall von etwa 20 Heimwehrleuten auf Arbeiterhäuser einer Glasfabrik, in dessen Verlauf die Heimwehrleute zahlreiche Schüsse abfeuerten. Zwei Arbeiter, die Brüder sind, wurden durch Bauchschüsse schwer, ein dritter wurde leicht verletzt. Eine Kompagnie Militär stellte schliesslich die Ordnung wieder her. Die beiden schwerverletzten Brüder mussten sich einer Operation unterziehen. Sie schweben in Lebensgefahr.

SPD. Leipzig, 27. August (Eig. Drahtb.)

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Mittwoch drei Wilhelmshavener Kommunisten wegen Hochverrats. Die Angeklagten Hermann Walter und Georg Arntjen erhielten je ein Jahr und der Seeheizer Erich Wende 1 Jahr und 6 Monate Festungshaft.

Die Angeklagten sollen im Januar d.J. den Versuch gemacht haben, unter die Besatzung des Kreuzers "Emden" Hetzschriften zu verteilen. Während Walter und Arntjen im wesentlichen gestanden, von dem kommunistischen Abgeordneten der Bremer Bürgerschaft Becker Flugblätter mit der Weisung erhalten zu haben, sie unter besonderen Vorsichtsmassregeln am dem Kreuzer "Emden" anzukleben, leugnete Wende, von der Sache überhaupt etwas gewusst zu haben.

SPD. Braunschweig, 27. August (Eig. Drahtb.)

Der braunschweigische Innenminister hat zur Sicherung der Wahlversammlungen und Wahlpropaganda einen Erlass an die Polizei herausgegeben, und gleichzeitig einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, die Polizei in ihrem Bestreben die verfassungsmässig verbriefte Versammlungsfreiheit und politische Betätigung gegen Terrorakte und Sprengungen zu schützen, zu unterstützen, damit im Gegensatz zu anderen Ländern keine Einschränkung der Wahlagitation vorgenommen zu werden braucht.

Im Lande Braunschweig besteht bisher weder Uniform- noch Umzugsverbot für die Hakenkreuzler und Kommunisten, obwohl beide Parteien es an Gewalttätigkeiten und Ueberfällen nicht haben fehlen lassen.

aus aller Welt

Die Flucht in den Tod.

Doppelsebstmord zweier Jugendlicher in Fulda - Die wahren Gründe der Freitodseuche - Die Frühjahrskrankheit - Rache an den Geliebten - Das Verhängnis der Schuldgefühle.

SPD. Am Mittwoch morgen fand man in einer Höhle am Rauschenberg bei Fulda den 15jährigen Gymnasiast Eckerlin und die 14jährige Schülerin Brillerty aus Fulda mit schweren Schussverletzungen am Kopf auf. Der Junge verstarb nach der Einlieferung ins Krankenhaus, das Mädchen ringt mit dem Tode. Beide waren eng befreundet. Die näheren Motive, die zu dem versuchten und z.T. tragischerweise bereits gelungenen Doppelsebstmord führten, sind unbekannt.

Naturgemäss erinnert die Tragödie von Fulda auch an die zahlreichen Fälle der letzten Zeit, in denen junge Menschen sich unter sehr geringfügigen Motiven das Leben nahmen. Nicht immer ist ein Liebeserlebnis der zu dem jähen Ende treibende Faktor. Wir erinnern an den Freitod der Gertrud Schade, die sich unter dem Eindruck einer falschen Bezeichnung, ihrem Dienstherrn 100 Mark entwendet zu haben, aus Scham das Leben nahm, und an den noch krasser Fall der Maria K. in Berlin-Steglitz, jenes 17jährigen Mädchens, die schon der Vorwurf der Hausfrau, sie habe beim Einkauf ein paar Pflaumen entwendet, zu einem Selbstmordversuch veranlasste. Dem denkenden Beobachter müssen derartige Vorkommnisse ganz besonders dunkel erscheinen; denn es ist selbstverständlich, dass es niemals solche geringfügigen Anlässe allein sein können, die ein Menschenleben zur Selbstvernichtung treiben, sondern dass hier noch andere tiefer liegende Ursachen am Werke sein müssen. Es ist längst bekannt, dass kaum eine Statistik trügerischer ist, als die Statistik der Selbstmorde; denn die Angaben, wie Liebeskummer, Geldsorgen oder gar die nichtssagende Bezeichnung Lebensüberdruß bleiben natürlich vollkommen an der Oberfläche haften.

Die Not ums Brot.

Die Suche nach dem wahren Grunde eines Selbstmordes ist in den meisten Fällen dadurch ausserordentlich erschwert, dass hier gewöhnlich mehrere Ursachen zusammenwirken. Selbstverständlich haben soziale Einflüsse wie Arbeitslosigkeit, starke Lohnkürzungen und dergleichen unbedingt einen erheblichen Einfluss auf die Selbstmordneigung. Dies wenigstens lässt sich auf der Selbstmordstatistik mit Sicherheit erkennen, da ja die Zahl der Selbstmorde in wirtschaftlichen Krisenzeiten stets erheblich zunimmt. Zu diesen sozialen Ursachen kommen aber noch eine ganze Reihe biologischer Veranlassungen, vor allem Pubertätskrisis, Menstruation und Schwangerschaft. Obwohl, wie sich aus dem Anwachsen der Selbstmordziffer in jedem Frühjahr ergibt, zweifellos der durch die inneren Blutsäfte bedingte biologische Lebensrhythmus einen Einfluss auf die Bereitschaft zum Selbstmord hat, so werden doch diese biologischen Einflüsse in jedem Falle gleichzeitig auch mehr oder weniger als soziale oder psychologische Ursachen wirksam. Dies ist im Falle ungewollter Schwangerschaft sofort ersichtlich, die ja in den meisten Fällen die junge Mutter erst dann zur Ver zweiflungstat treibt, wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten und das ebenfalls sozial bedingte moralische Vorurteil ihrer Umgebung dazutreten. Andererseits werden die Schwierigkeiten der Reifejahre und bei Mädchen besonders der erster Menstruation nur dann bei der Verursachung des Selbstmordes eine Rolle spielen, wenn bereits seelische Verwicklungen vorliegen. Das Drama von Fulda dürfte hierin eine gewisse Erklärung finden.

Sehnsucht nach Liebe.

Die psychologischen Ursachen, die bisweilen durch auch nur unbedeutende Anlässe einen Selbstmord auslösen, lassen sich in Kürze am besten auf die Formel bringen, mit der der Nervenarzt Dr. Sadger einmal den Hergang bezeichnet hat: "Das Leben gibt nur jener auf, der Liebe zu erhoffen aufgeben musste". Es ist die kleine letzte Kränkung, die in den Zeitungsmeldungen gewöhnlich als die Veranlassung zum Selbstmord angegeben wird, nur die Auslösung zur Handlung, sie ist nur die Erinnerung an frühere intensivere Kränkungen, die der Selbstmörder schon als Kind sich so zu Herzen genommen hat, dass sie ihn für immer aus dem seelischen Gleichgewicht geworfen haben.

Die besondere Art dieser Gleichgewichtsstörungen, wie sie den geeigneten Boden zu einem gelegentlichen Selbstmord darstellt, ist seit einigen Jahren in der modernen Psychologie näher untersucht worden. Es scheint hier fast immer ein Zusammentreffen dreier verschiedener unbewusster Strebungen des Seelenlebens vorzuliegen. Die seelische Verwirrung hat nämlich auch in diesem wie in fast allen ähnlichen Fällen ihre Wurzel in besonderen Familienverhältnissen. Hier, in den Beziehungen zu unseren nächsten Angehörigen hegen wir alle in unserem Unbewussten noch aus den Tagen unserer Kindheit her die widersprechendsten Gefühle gegen dieselben Personen, die wir als fremde Personen und noch dazu als solche, die uns vielfach aus erzieherischen Gründen Unannehmlichkeiten bereitet, ablehnen, die wir aber andererseits als geliebte Pflegepersonen, die gewissermassen zu einem Stück unseres eigenen Selbst geworden sind, bejahen. Es ist deshalb sehr wohl möglich, dass in Fällen seelischer Konflikte zugleich ein Rachegefühl gegen dieselben Person besteht, mit der wir uns andererseits aus Liebe im Unbewussten gleichsetzen, sodass die Rache auf uns selbst zurückgleitet.

Der unterdrückte Lebenstrieb.

Zu diesen beiden Strebungen kommt dann noch die Reaktion unseres Gewissens auf die von ihm verworfenen Hassgefühle gegen so nahe Angehörige, die sich in einem Bedürfnis nach Selbstbestrafung äussert. So laufen also bisweilen bei derartigen unglücklichen Menschen in tragischer Weise als unbewussten Triebregungen auf eine Vernichtung der eigenen Person hinaus. Dabei ist eigentümlicherweise das letzterwähnte Strafbedürfnis umso grösser, je mehr die allen Menschen angeborene, neuerdings aus einem Todestrieb erklärte, Angriffsneigung unter dem Einfluss unserer kulturellen Anforderungen der Verdrängung anheimfällt. Aber nicht nur durch die unterdrückte Angriffsneigung, sondern auch durch den teilweise unterdrückten Lebenstrieb entstehen im Kampfe um die Kulturadaptation die Schuldgefühle, die unter den sichtbaren Voraussetzungen des Selbstmordes vor allem zu Angstzuständen führen.

+ + +

Volck gesteht!

Fortsetzung des Altonaer Bombenprozesses - Fünf Angeklagte fehlen - Herbert bekämpft den Steuerbolschewismus - Die Suche nach "geeigneten Objekten".

SPD. Die Mittwochsverhandlung im Altonaer Bombenprozess begann mit der eigenartig berührenden Feststellung, dass die Angeklagten Holländer, Frau Holländer, Bossen, Mathews und Rathgen nicht erschienen sind. Presse- und Publikumstribüne waren ebenso voll wie am ersten Tage.

Die zweite Überraschung: Herbert Volck hat sich eines Besseren belehren lassen und will aussagen. Noch einmal erklärt sein Rechtsanwalt von der Goltz, dass Schweigen in vielen Fällen eine falsche Solidarität sei.

Volck gibt nun auf die Frage des Vorsitzenden, wie er zur Landvolksbewegung gekommen sei, einen zusammenhängenden Bericht. "Bei meinen Vortragsreisen im Jahre 1927 kam ich mit den nationalen Kreisen in Schleswig-Holstein in enge Beziehung. Mit den eigentlichen Führern des Landvolks kam ich in Berührung, als

ich im Herbst 1928 zu vaterländischer Tätigkeit nach Holstein engagiert war. Damals wurde die Befreiung Deutschlands vorbereitet und der

Kampf für das Schollenmenschentum

aufgenommen. Wir bekämpften den Steuerbolschewismus und versuchten Angriffe in die Substanz mit legalen Mitteln abzuwenden. Aber auf die Dauer konnten wir Schollenmenschen nicht mit legalen Mitteln arbeiten. Ich kam zum Stahlhelm an der holsteinischen Westküste; Namen will ich nicht nennen. Zur Abwehr drohender kommunistischer Gefahren wurde beschlossen, "die Wachtvereinigung für Stadt und Land" in Husum zu begründen. An Gehalt bekam ich monatlich 800 Mark. In Berlin wurde das Landvolk nur mit Phrasen abgespeist. Die Bauern fühlten sich von der Regierung verlassen. Wir wehrten uns gegen die kalte Sozialisierung der Pfändungen und ferner dagegen, dass die Reparationszahlungen aus der Substanz aufgebracht werden sollten. Nach den Unruhen von Beidenfleth entstand unsere Parole: "Unser Weg zur Freiheit führt durch die Gefängnisse".

Nach wiederholten Vorhaltungen des Vorsitzenden, zur Sache zu sprechen, bekennt Volck, dass er die

Knallkörper der Beidenflether Demonstration

beschafft und auch verteilt habe. Die Namen der Lieferanten des Sprengstoffs will der Angeklagte nicht nennen, desgleichen nicht seine sonstigen Helfer. Anschliessend gibt Volck zu, dass er später auch für einzelne Sprengstoffe stärkere Ladungen verlangt habe, obschon man nicht gleich die für die Anschläge geeigneten Objekte gefunden habe. Im übrigen weigert sich Volck zu erzählen, wie er in den Besitz der Höllenmaschinen gekommen sei. Aus Deutschland wäre er geflohen, weil er wegen seines Verstosses gegen das Gesetz zum Schutz der Republik verfolgt worden sei.

Anschliessend wird das Untersuchungsprotokoll der Volck'schen Vernehmungen verlesen. Es ergibt sich daraus, dass der Landwirt Klaus Heim es war, der Volck neben anderen Agitatoren, fest angestellt hat. Gleich zu Beginn der Tätigkeit bekam Volck für seine Agitationszwecke für 4 000 Mark eine Fordlimousine, in der später die Bomben transportiert worden sind. Heim war es auch, von dem zuerst die Idee ausgegangen war, gegen Gemeindevorsteher und Finanzämter mit Schreckschüssen vorzugehen. Heims Idee war, gleichzeitig in sechs Provinzen derartige Anschläge auszuführen.

Das Geheimnis der Hellseherin.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung weist der Vorsitzende den Angeklagten Volck auf die Widersprüche in seinen Angaben hin, die darin bestehen, dass die Sache mit den "Knallkörpern" sehr harmlos gewesen sein soll, obwohl damit im Auslande Aufsehen erregt werden sollte. Auch der erste Staatsanwalt verlangte nähere Aufklärung über die Sprengkörper. Volck antwortete frech, dass er dem Staatsanwalt und dem Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Brandt, als dem Vertreter des herrschenden Systems überhaupt keine Antwort geben werde.

Nunmehr wird in der Protokollverlesung fortgefahren. Es ergibt sich, dass der Angeklagte Volck vor jeder Entscheidung, die er traf, Astrologen, Hellseher und sogar das Roulette zu Rate gezogen habe. Aus astrologischen Gründen soll er Heim um Passivität gebeten haben, da sonst der ganzen Bewegung Unheil drohe. Im Juli 1929 soll eine Astrologin in Hamburg "Gefahr im 12. Hause" vorausgesehen haben: Gefangenschaft oder Exil. Volck entschied sich für das Exil. Er floh nach Italien...

Volck bei den Nazis.

Aus der weiteren Verlesung der Untersuchungsprotokolle geht hervor, dass Volck bemüht war, insbesondere die nationalsozialistischen Verbände für die Landvolkbewegung zu interessieren. Volck kam aber nicht recht zum Ziel, weil man nicht so viel Geld zur Verfügung stellen wollte, wie er verlangte. Auch im Büro Ehrhardts haben Verhandlungen stattgefunden, die gleichfalls negativ verliefen. Endlich hat sich Volck auch mit Geheimrat Kirdorff in Essen und mit Hugenberg in Verbindung gesetzt. Im ganzen wurden der Bewegung aus kapitalkräf-

tigen Kreisen 16 000 Mark zur Verfügung gestellt. Auch nach seiner Flucht nach Italien blieb Volck mit seinen Freunden in Verbindung. Die Frau des Angeklagten soll von den geplanten Attentaten gewusst haben.

Weschke bereit.

Es werden dann noch die Protokolle der Aussagen der Angeklagten Rathgen und Weschke verlesen. Die früheren Vernehmungen Rathgens ergeben, dass ihm die Bomben von Volck geliefert waren. Weschkes Aussagen zeigen, dass die ersten Attentate von Beidenfleth von Matthews, Volck und Weschke ausgeführt worden sind; dem Gemeindevorsteher sollte ein Schreck eingejagt werden. Weschke hat zu Protokoll gegeben, dass er seine Teilnahme an dieser Aktion bereue. Es wird im Anschluss noch ein weiteres Protokoll wegen der gegen Weschke schwebenden Meineidsklage verlesen. Weschke glaubt sie mit einem Missverständnis erklären zu können. Es läge höchstens fahrlässige Verletzung der Eidespflicht vor.

Acht Kinderlähmungsfälle in Berlin. In Berlin sind bis jetzt acht Kinder an der Seuche der Kinderlähmung erkrankt. Ausser in Steglitz ist auch in Lichtenberg eine Volksschulklasse geschlossen worden.

Hitze über Europa. Italien wird von einer Hitzewelle heimgesucht, die bereits mehrere Todesopfer gefordert hat. In Brescia stieg das Thermometer auf 33 Grad im Schatten, in Lucca (Toscana) auf 36 Grad. — Auch aus England wird eine beängstigende Zunahme der Hitze gemeldet.

Sturm auf Bierfässer. Auf dem Bahnhof der Stadt Cambden (USA) wurde der Stationsvorsteher auf einen verdächtigen Eisenbahnwagen aufmerksam gemacht, der in Anwesenheit mehrerer Bahnbeamter geöffnet wurde; der Wagen enthielt mehrere gefüllte Biertonnen. In der Nacht unternahm eine nach Tausenden zählende Menschenmenge einen Sturm auf den Wagen und eignete sich seinen Inhalt an. Die Polizei von Cambden brauchte dann nicht mehr für den Spott, sondern nur noch für die — Betrunknen zu sorgen, die in dichten Scharen die Stadt durchzogen und durchgröhlten.

Den Lehrer verprügelt. Die 32jährige Ehefrau Reitzig hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Neukölln zu verantworten, weil sie den Lehrer ihres neunjährigen Jungen auf der Strasse mit einem Stock verprügelt und blutig gebissen habe. Das Gericht beschloss, die Frau auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Oxydgaskatastrophe in Paris. Bei der Löschung eines Brandes im Keller eines Pariser Wohnhauses wurden 14 Feuerwehrleute durch Kohlenoxydgas ohnmächtig und zum Teil schwer vergiftet. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich ausserordentlich schwierig.

Dompteurlos. Im Verlaufe einer Zirkusvorstellung in der Nähe von Clermont (Frankreich) fiel ein Tiger plötzlich seinen italienischen Bändiger Ciavanni an und zerfleischte ihm den Oberschenkel. Der Dompteur konnte erst in dem Augenblick der Bestie entrissen werden, als sich bereits ein zweiter Tiger auf ihn stürzen wollte. Der Zustand des Verletzten ist lebensgefährlich.

Im Luxusauto ins Gefängnis. In Breslau wurden die beiden bekannten Erbschafts- und Darlehensschwindelerinnen Schneider und Hartmann festgenommen. Beide liessen sich von ihrem in Galalivree gekleideten Chauffeur in ihrem Luxusauto ins Untersuchungsgefängnis fahren.



Binnenschiffer, geht zur Wahl!

SPD. Der Gesamtverband, Mitgliedschaft Westdeutsche Wasserstrassen, Sitz Duisburg, richtet folgenden Aufruf an die Binnenschiffer:

"Am 14. September wird der neue Reichstag gewählt. Unsere Kollegen in der Binnenschifffahrt und auch in der Flösserei haben noch bei jeder Wahl erlebt, dass sie sich unterwegs auf Reise befanden und nicht an ihrem Wohnort ihre staatsbürgerlichen Rechte ausüben konnten. Auf unser Betreiben hin sind die Stimm Scheine eingeführt worden, sie sind jedoch noch nichts Vollkommenes, ihre Mängel zeigen sich bei Wahlen zu den Landtagen und Kommunalvertretungen. Bei Reichstagswahlen ist ihre Brauchbarkeit jedoch erwiesen: beschafft euch den Stimm Schein. Er wird von der Heimatbehörde (Bürgermeisteramt usw.) ausgestellt. Wendet euch schriftlich dorthin oder beauftragt Angehörige mit der Beschaffung. Alle Binnenschiffer und Flösser müssen den Stimm Schein haben, auch die Frauen, wenn sie an Bord sind, damit sie in der Lage sind, während der Reise zu wählen. Der Einheitstimmzettel ermöglicht in jedem Stimmbezirk eines Ortes die Stimmenabgabe. Nehmt vorsichtshalber euren Pass, Personalausweis, Patent, Dienst- oder Fahrtenbuch zur Legitimation mit. Geht zur Wahl. Wahlrecht ist Wahlpflicht! Der Wahlkampf wird geführt um den Lohn und für die Erhaltung der Kranken- und Arbeitslosenversicherung! Um euch die Bahn frei zu machen, hat die Mitgliedschaftsleitung Westdeutsche Wasserstrassen folgendes Schreiben an sechs Arbeitgeberverbände, an die Firmen in der Weserschifffahrt und an das Reichsverkehrsministerium gesandt:

"Die Neuwahlen zum Deutschen Reichstage erfolgen am 14. September 1930. Wie bei den früheren Wahlen, ersuchen wir diesmal wiederum, an Ihre Mitgliedsfirmen bzw. an die Schiffsführer die Anweisung ergehen zu lassen, dass am 14. September ein freier Sonntag innezuhalten ist, dass das Personal der Fahrzeuge Gelegenheit zur Ausübung des Wahlrechts hat. Auf Grund der tariflichen Bestimmungen ist unsere Forderung zweifellos durchführbar. Selbst wenn der 14. September aus wirtschaftlichen Gründen als freier Sonntag nicht innegehalten werden könnte, besteht zum mindesten die Möglichkeit, während der Wahlzeit, die in den meisten Fällen in der Zeit von 9 bis 17 Uhr fällt, drei Stunden Ankerruhe innezuhalten oder spätestens nachmittags 4 Uhr Fahrtschluss zu machen, um so in keiner Weise die staatsbürgerlichen Rechte des Personals auch nur irgendwie einzuschränken. Dabei gestatten wir uns noch den Hinweis, dass in solchen Fällen Lohnabzüge nicht erfolgen können."

An den Rhein- und Mainflösserei-Verband ist sinngemäss das gleiche Schreiben abgegangen. Kein Unternehmer ist berechtigt, euch an der Ausübung des Wahlrechtes zu hindern; er macht sich strafbar, wenn er euch die Gelegenheit zur Stimmenabgabe verweigert. Am 14. September gehen die Binnenschiffer und Flösser zur Wahl! Gewählt wird Liste 1, Sozialdemokraten.

SPD. Die Unternehmer machen von ihrer Machtposition brutal Gebrauch. Der Keramische Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, stellt uns folgende Fälle zur Verfügung:

Die Firma Fischer, die eine Ziegelei in Landsberg betreibt, beschäftigt

bei guter Konjunktur 100 Arbeiter. Die Belegschaft ist äusserst schlecht organisiert. Darauf bauend verfügte die Firma für die Ofenleute einen Lohnabbau von 12 Mark pro Arbeiter und Woche. Die Löhne der Pressleute wurden ebenfalls gesenkt, trotzdem ein Tarif für die Ziegeleiindustrie von Landsberg und Umgegend besteht und die Firma als Mitglied der Arbeitgebervereinigung diesem Tarif unterstellt ist. Auch die sonstigen tariflichen Bestimmungen werden von der Firma nicht eingehalten. So zahlt sie die im Tarif festgesetzten Preise von 30 Pfennigen für eigenes Handwerkzeug nicht. Der Tarifvertrag bestimmt auch das Dreischichtensystem für Brenner. Die Firma kehrt sich nicht daran und lässt ihre Brenner in zwei Schichten arbeiten. Das Unternehmen hat stark rationalisiert. Trotzdem beträgt die Arbeitszeit 57 Stunden pro Woche, während der Tarif 48 Stunden festsetzt. Natürlich führt das zu starken Arbeiterentlassungen.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Ziegelei Honig, die sich u.a. weigert, das tarifliche Werkzeuggeld zu zahlen.

Im Falle der Firma Honig wird der Keramische Bund Mittel und Wege finden, das Unternehmen zur restlosen Einhaltung der tariflichen Bestimmungen zu zwingen. Das ist aber nur möglich, wo die Belegschaft gut organisiert ist. Ist die Belegschaft nicht organisiert, dann steht sie eben allein und darf sich nicht wundern, wenn ihr keine Hilfe wird. Was eine gute Organisation zu schaffen vermag, zeigte sich bei der Ziegelei Wiedemann. Hier ist die Belegschaft seit Jahren im Keramischen Bund organisiert. Hier wird auch der Tarif innegehalten. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden pro Woche, leider muss immer festgestellt werden, dass einzelne Brenner den Wert der kurzen Arbeitszeit nicht einsehen und in zwei Schichten arbeiten möchten. Sie bedenken nicht, dass durch ein solches Verhalten die an sich niedrigen Löhne in der Ziegeleiindustrie - und diese liegen im Bezirk Landsberg am niedrigsten - noch weiter gedrückt werden.

Die Arbeiter müssen erkennen, dass nur eine geschlossene und schlagkräftige Organisation gegen die Übergriffe des Unternehmertums etwas ausrichten kann. Die Arbeiterschaft muss begreifen, dass die Angehörigkeit zum Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund eine Notwendigkeit ist. Noch etwas anderes muss der Arbeiter berücksichtigen: Die Unternehmer hoffen auf einen Sieg der reaktionären Parteien am 14. September. Arbeiter, sorgt dafür, dass diese Hoffnungen zunichte werden und dass am 14. September die Partei den Sieg erringt, die stets die Interessen der Arbeiterschaft vertreten hat. Das ist die Sozialdemokratie. Wählt am 14. September Liste 1 (Sozialdemokraten).

SPD. Die kommunistische Presse verbreitet eine Notiz, wonach der Bezirksleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes Woidt zur kommunistischen Partei übergetreten ist. In der Notiz heisst es weiter, dass Woidt am 7. August in einer Versammlung in Bunzlau den "Verrat der Bonzen im Deutschen Landarbeiterverband aufgedeckt und unter tosendem Beifall der Arbeiter sein Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Partei zerrissen habe." Woidt, Bezirksleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes, schreibt uns hierzu:

"Ich habe in der kommunistischen Versammlung den Mund überhaupt nicht aufgemacht, sondern habe mir die Rederei stumm angehört. Es ist mir auch gar nicht eingefallen, mein sozialdemokratisches Mitgliedsbuch zu zerreißen, um den "Abscheu" vor meiner Partei zum Ausdruck zu bringen. Ich denke gar nicht daran, der Kommunistischen Partei beizutreten, sondern fordere hiermit ausdrücklich jeden Landarbeiter auf, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zu werden, weil unsere Interessen in keiner anderen Partei besser vertreten werden. In der Kommunistischen Partei herrscht nur persönliche Futterkrippenpoli-

tik, im Grossen und im Kleinen. Selbst die Lokalführer von Bunzlau, wie Stusche, Gabel, Vogel kontra Hartmann hauen sich gegenseitig wegen ihrer Postenjägerei. Wir Landarbeiter sind überzeugt, dass die SPD unsere Interessen auch weiterhin vertritt."

SPD. Kiel, 27. August (Eig. Drahtb.)

Auf der 3. Reichskonferenz der im Gesamtverband organisierten Arbeitnehmer der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sprach Professor Dr. Hermberg-Jena am Mittwoch über die deutsche Wirtschaft und die Gewerkschaften.

Der Redner führte u.a. aus, dass es der Stosskraft der Gewerkschaften gelungen sei, die Löhne den Teuerungskosten mehr anzupassen. Sie habe jedoch nicht ausgereicht, das Lohnniveau auf den Stand der angelsächsischen Länder zu bringen. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise biete auch wenig Aussicht dazu. Die deutschen Unternehmer seien auch bemüht, die Löhne zu drösseln. Die Forderung der Unternehmer gehe darauf hin, die Arbeitskraft des Arbeiters billiger zu gestalten als die Maschine. Das sei ein unmögliches Verlangen. Die Durchführung dieses Grundsatzes bedeute, dass die Arbeiter alle technischen Fortschritte mit grösserer Verelendung bezahlen. Die Rationalisierung der Industrie brauche nicht gleichbedeutend mit einer beschränkten Beschäftigungsmöglichkeit zu sein. So wie die Rationalisierung sich aber jetzt abwickle, vergrössere sie die industrielle Reservearmee. Im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung könnten Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden. Wer das wolle, müsse mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften die Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems fordern. Im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung müsse dafür gesorgt werden, die Opfer der Wirtschaftskrise zu schützen. Die Erwerbslosenfürsorge müsse erhalten bleiben. Die Krise dürfe auch die Gewerkschaften nicht darüber hinwegtäuschen, dass höchste Aufgabe nach wie vor bleibt, den internationalen Lohnausgleich anzustreben. Unsere Lohnbewegungen würden ihren spezifischen deutschen Charakter erst verlieren, wenn das deutsche Lohnniveau sich dem englischen angepasst habe. Erst dann sei Aussicht vorhanden, das internationale Lohnniveau insgesamt zu heben.

In einem zweiten Referat wandte sich der Vorsitzende des Betriebsrates der Hamburger Gaswerke, Steinmetz, gegen die Absichten der Privatindustrie, öffentliche Unternehmungen in Privatbesitz überzuleiten, und gegen die Bestrebungen, aus der Ferngasversorgung ein Monopol der rheinisch-westfälischen Bergbauunternehmer zu machen. Er empfahl eine Rationalisierung der deutschen Gaswirtschaft in der Art, dass leistungsfähige Unternehmungen sich an stärkere Betriebe anschliessen. Die Gemeinden dürften aus ihren Gaswerken nicht das Letzte herausquetschen. Was in dieser Hinsicht gesündigt werde, spotte jeder Beschreibung. Allerdings erkläre sich diese schädliche Politik durch die Finanznot der Gemeinden, die wiederum auf die Finanzpolitik des Bürgerblocks zurückgehe. Hier müsse der 14. September gründlich Wandel schaffen.

Der Vorsitzende des Betriebsrats der Berliner Wasserwerke, Kamin, sprach über die deutsche Wasserwirtschaft und wies darauf hin, dass der wachsende Bedarf schon in den nächsten Jahren Kapitalaufwendungen in Höhe von 600 Millionen Mark erfordere. Diese Summe könne unmöglich durch Preiserhöhungen aufgebracht werden. In Frage käme nur der Weg der Anleihe. Der Redner forderte schliesslich eine Verkürzung der Arbeitszeit und Bezahlung des Urlaubs als Gegenmassnahme gegen die überhandnehmende Ausnutzung der Arbeiter durch die Rationalisierung.

Verteuerte Lebenshaltung.

(Die Gewinnspannen sind im Jahre 1930 ganz bedeutend gestiegen.)

SPD. Während die Regierung Brüning-Schiele vom Preisabbau fabuliert und das Unternehmertum Lohnreduzierungen durchsetzt, hat sich die Lebenshaltung der breiten Massen weiter verteuert. Das kommt in der Entwicklung des Lebenshaltungsindex deutlich zum Ausdruck, der seit einigen Monaten wieder im Steigen begriffen ist. Bei der neuen Teuerungswelle, die ihren psychologischen Ursprung in den agrarpolitischen Massnahmen der Regierung Brüning-Schiele hat, lässt sich wieder einmal die verschiedene Entwicklung der Erzeugerpreise bzw. der Grosshandelspreise und der Kleinhandelspreise beobachten. So ging der Kartoffelpreis ab Erzeugerstation in Berlin von 4,60 Mark pro 100 kg im Januar 1930 auf 3,2 Mark im Juni 1930 zurück. Im Kleinhandel sank der Preis von 10 Mark im Januar 1930 auf 9 Mark im Monat Mai; im Monat Juni stieg er wieder auf 10 Mark an. Das bedeutet eine ganz gewaltige Erhöhung der Gewinnspanne. Wir geben die Entwicklung in folgender Tabelle wieder:

	<u>Kartoffelgross-</u> <u>handelspreis</u>	<u>Kartoffelklein-</u> <u>handelspreis</u>	<u>Spanne zwischen Gross-</u> <u>und Kleinhandelspreis</u>
	(für 100 kg)	(in Mark)	(in %)
Januar	4,6	10	117,4
Mai	3	9	200
Juni	3,2	10	225

Wir bemerken dazu, dass die Spanne im Jahre 1929 im Januar etwa 90% betrug und sich bis zum Sommer auf etwa 115% steigerte. Gründe wirtschaftlicher Art, die die ungeheure Steigerung der Spanne d.h. die bedenkliche Verteuierung eines Massennahrungsmittels für das Jahr 1930 rechtfertigen könnten, liegen nicht vor. Der Kartoffelpreis ist nicht das einzige Beispiel für die im Laufe des Jahres 1930 eingetretene Verteuierung wichtiger Nahrungsmittel, die einzig und allein auf einer Ueberhöhung der Gewinnspannen beruht. So betragen die Spannen für

	<u>1929</u>	<u>1930</u>
	(Spannen in % des Grosshandelspreises)	
Roggenmehl - Roggenbrot	45 - 49	55 - 69
Vollmilch	60 - 74	77 - 80
Butter - Molkereibutter	18 - 25	27 - 28
Butter - Landbutter	8 - 18	15 - 18
Eier	4 - 26	15 - 31
Kartoffeln	88 - 116	117 - 200
Schweinefleisch	16 - 25	19 - 26
Haferflocken	45 - 48	52 - 70
Speisebohnen	27 - 50	90 - 105

Wir entnehmen diese Zusammenstellung der "Ernährungswirtschaft", die zu dem Schluss kommt, dass die Preisspannen für Weizenmehl, Roggenmehl, Roggenbrot, Vollmilch und Kartoffeln als viel zu hoch anzusprechen sind. Vielfach trat eine Steigerung des Kleinhandelspreises ein, obwohl der Erzeugerpreis gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen ist. So ist für den Milchpreis in Berlin folgende Entwicklung festzustellen:

	1929		in	1930	
	<u>Grosshandelspreis</u> (für	<u>Kleinhandelspreis</u> 100 Liter		<u>Grosshandelspreis</u> Mark	<u>Kleinhandelspreis</u>)
Januar	17,50	29		15,30	27
Mai	17,40	29		13,20	25
Juni	16,30	28		14,70	30

Der Milchgrosshandelspreis ist also bis in den Sommer 1930 von 15,30 auf 14,70 Mark zurückgegangen. Er liegt um 1,60 Mark unter dem Preis des Vorjahres. Der Kleinhandelspreis ist aber pro 100 Liter um 2 Mark höher als im vorigen Jahr (30 Mark gegen 28 Mark). Daraus ergibt sich folgende Entwicklung der Gewinnspannen:

	1929	1930
	Spanne zwischen Vollmilchgrosshandelspreis und Vollmilchkleinhandelspreis	Spanne zwischen Vollmilchgrosshandelspreis und Vollmilchkleinhandelspreis
Januar	66,3%	76,5%
Mai	67 %	90 %
Juni	67 %	116 %

Die Regierung Brüning-Schiele hat sich für eine Verbilligung der Lebenshaltung stark gemacht. Mit dieser Verbilligung der Lebenshaltung hat sie sogar das Bestreben des Unternehmertums sanktioniert, die Löhne abzubauen. Monatelang laboriert diese Regierung schon an dem Preisabbau mit dem Erfolg, dass die Preise weiter steigen und dass die Bevölkerung mehr als je ausgewuchert wird. An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen! Die Regierung Brüning-Schiele hat ihr Versprechen eines Preisabbaus nicht wahr gemacht. Sie denkt auch nicht daran, etwas gegen die Ueberhöhung der Gewinne zu tun und sie will und kann nicht dagegen tun, weil ihre Politik der Stütze mittelständlerischer Kreise bedarf. Diese Regierung hat den breiten Massen den Brotkorb höher gehängt. Der Wähler hat dafür zu sorgen, dass diese Regierung am 14. September verschwindet! Wählt Liste 1, Sozialdemokraten!

SPD. Das Beschaffungsprogramm der Reichsregierung sieht u.a. vor, dass 100 Millionen dem Baumarkt zur Verfügung gestellt werden. Damit sollen 30 000 Wohnungen zusätzlich gebaut werden. Man will so für 30 000 Bauarbeiter für die Dauer eines Jahres Beschäftigung schaffen.

Dieses Programm steht vorläufig nur auf dem Papier; vorläufig ist man noch bei der Ausarbeitung des Verteilungsplanes und es soll fraglich sein, ob später die erwähnten 100 Millionen auch zur Verfügung stehen werden. Aber gesetzte den Fall, das Versprechen wird wahr gemacht; was ist dann geschehen? Wenn die Regierung wirklich 100 Millionen dem Wohnungsbau zur Verfügung stellt tut sie nichts anderes, als dass sie frühere Sünden gutzumachen versucht. Sie hat im Laufe dieses Jahres der Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung 150 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien aufgenötigt. Sie hat den Reichsbeitrag wiederum in Reichsschatzwechseln gezahlt. Sie hat die Zollüberweisungen an die Invalidenversicherung halbiert. Durch diese drei Massnahmen hat sie für das Reich etwa 200 Millionen flüssig gemacht, die anderenfalls zum weitaus überwiegenden Teil dem Baumarkt zugute gekommen wären.

Die Regierung bringt aber noch ein anderes Kunststück zuwege! In demselben Augenblick, in dem sie dem Wohnungsbau 100 Millionen verspricht, lässt sie sich durch die Notverordnung ermächtigen, der Invalidenversicherung die Kosten für den Markenverkauf und die Rentenzahlungen, die bis dahin von der Post getragen wurden, aufzubürden. Gering gerechnet sind das weitere 20 Millionen. Von 100 Millionen bleiben also bestenfalls 80 übrig, unter allen Umständen also nur ein kläglicher Bruchteil dessen, was die Regierung dem Baumarkt, allen Warnungen der Gewerkschaften zum Trotz, entzogen hat. Auf der anderen Seite kann sie sich aber in der Subventionierung der Metall- und Elektroindustrie nicht genug tun; allein die durch die Notverordnung über-

nommenen Verpflichtungen für die Reichsbahnschatzanweisungen werden einen Aufwand von mindestens 50 Millionen erfordern. Freilich handelt es sich dabei um Aufträge, die Industriellen vom Kaliber des Herrn von Siemens zugutekommen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, scheint sich das ganze Arbeitslosenbeschaffungsprogramm zu einer der grössten Skandalaffären auszuwachsen.

Der Wähler protestiert gegen das Versagen der Regierung Brüning-Schiele, indem er am 14. September sozialdemokratisch (Liste 1) wählt.

SPD. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine gibt den Wochenumsatz pro Mitglied für den Monat Juli 1930 mit 8,76 Mark an gegenüber 8,44 Mark im Vormonat, 9 Mark im Juli 1929 und 8,10 Mark im Juli 1928. Der Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahr hat sich damit von 0,45 Mark im Monat Juni auf 0,24 Mark verringert. Das ist sicherlich ein Zeichen für die befriedigende innere Verfassung der deutschen Konsumentenbewegung. Wenn man den Preisrückgang bei den Konsumenten in Betracht zieht, so dürfte sich der Mengenumsatz gegenüber dem Vorjahr gesteigert haben.

Von den einzelnen Revisionsverbänden haben gegenüber dem Vormonat eine Steigerung des Umsatzes aufzuweisen: Sachsen um 1,01 Mark, Thüringen um 0,36 Mark, Mitteldeutschland um 0,34 Mark, Rheinland-Westfalen um 0,30 Mark, Württemberg um 0,29 Mark, Nordwestdeutschland und Südwestdeutschland um je 0,28 Mark und Ostdeutschland um 0,23 Mark. Ein Rückgang des Umsatzes ist festzustellen im Verbands bayerischer Konsumvereine um 0,45 Mark und im Verbands schlesischer Konsumvereine um 0,28 Mark. Den Zentralverbandsdurchschnitt überschritten der Verband sächsischer Konsumvereine um 3,37 Mark, der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine um 1,49 Mark und der Verband Rheinland-Westfalen um 0,55 Mark. Unter dem Zentralverbandsdurchschnitt blieben die Verbände in Südwestdeutschland um 2,69 Mark, Schlesien um 2,42 Mark, Ostdeutschland um 1,47 Mark, Württemberg um 1,34 Mark, Bayern um 1,15 Mark, Thüringen um 0,79 Mark und Mitteldeutschland um 0,59 Mark. Gegenüber dem Monat Juli 1929 ist in sieben Revisionsverbänden ein Umsatzrückgang zu verzeichnen. Er betrug in Thüringen 0,92 Mark, in Württemberg 0,59 Mark, in Sachsen 0,53 Mark, in Schlesien 0,51 Mark, in Mitteldeutschland 0,40, in Rheinland-Westfalen 0,36 Mark, und in Nordwestdeutschland 0,07 Mark. In Bayern wurde eine Erhöhung um 0,22 Mark und in Südwestdeutschland eine Steigerung um 0,08 Mark erzielt. In Ostdeutschland ist der durchschnittliche Wochenumsatz mit 7,29 Mark unverändert geblieben.

SPD. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wird sich am Donnerstag mit dem Schreiben der Reichsregierung über die Preissenkungsaktion beschäftigen. Im Grunde genommen ist die Situation wie vor 14 Tagen, als dem Ausschuss von der Regierung höchst überflüssige Fragen über Anwendung der Kartellverordnung vorgelegt wurden. Der Ausschuss hat zumindest für die Markenartikel die klipp und klare Antwort gegeben, dass ein Vorgehen der Reichsregierung gegen den Markenartikelwucher geboten sei. Dieser Beschluss ist im Ausschuss mit 17 Stimmen der Arbeitnehmer und Verbraucher gegen 10 Stimmen der Arbeitgeber gefasst worden. Das ist Grund genug für die Reichsregierung, dass sie bis jetzt gegen den Markenartikelwucher überhaupt nicht getan hat und den Wirtschaftspolitischen Ausschuss ganz unnötig nochmal mit der selben Frage befasst. Die 10 Stimmen der Arbeitgeber wiegen bei der Regierung Brüning-Schiele eben mehr als die 17 Stimmen der Arbeitnehmer und der Verbraucher.

Dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss wird nichts anderes übrig bleiben, als nach dem Wunsch der Regierung eine Reihe von Generalenqueten zu entfesseln. Das wird lange dauern und damit kommt der Preisabbaukanzler mit seiner Preissenkungsaktion, die schon bereits sagenhaft geworden ist, über den

Wahltag am 14. September hinweg. Im übrigen wird lustig weiter gewuchert.

Wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, wird der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats zwei Kommissionen einsetzen. Die eine Kommission soll sich mit den Markenartikeln beschäftigen und die andere mit den Preisüberhöhungen in der Baustoffindustrie.

Der Verlauf der Brüning'schen Preissenkungsaktion erinnert uns an ein kleines Gedicht, in dem es heisst: "Wenn Du nicht weiter kannst, mein Sohn, dann wähle eine Kommission". Der Reichskanzler Brüning lässt sofort zwei Kommissionen wählen. Doppelt gebunden hält eben besser.

SPD. Das Gutachten, das Professor Dr. Römer im Auftrage der Reichsregierung über die Umstellung im deutschen Getreidebau ausgearbeitet hat, sieht eine Mehrerzeugung von 1 Million Tonnen Weizen und 1,5 Millionen Tonnen Gerste vor. Mit der Mehrerzeugung von 1 Million Tonnen Weizen würde Deutschland 80% seines Weizenbedarfs (bisher deckte der heimische Getreidebau 60%) decken. Die restlichen 20% müssen zur Qualitätsverbesserung aus dem Ausland eingeführt werden. Die Mehrerzeugung von 1 Million Tonnen Weizen beansprucht nach Römer eine Fläche von 650 000 Hektar. Damit könnte man die Roggenanbaufläche um etwa 14 bis 15% vermindern. Römer schlägt vor, solche Roggenböden als Weizenböden zu benutzen, die in den letzten 5 Jahren einen Roggenenertrag von mehr als 20 Doppelzentner pro Hektar ergeben haben.

Starkes Weizenangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 27. August)

SPD- Während Roggen an der Berliner Produktenbörse vom Mittwoch stetige Tendenz hatte, war die Stimmung für Weizen weiter recht schwach. Zwar war Roggen- in Kahn- und Waggonware reichlich angeboten, jedoch konnten die Preise durch starke Stützungskäufe im Zeit- wie im Locohandel gehalten werden. Weizen war sehr reichlich angeboten; die Kauflust der rheinischen Mühlen enttäuschte aber vollkommen, so dass auch umfangreiches Angebot aus Pommern und Mecklenburg nach Berlin gelangte. Hier stiess es mit den Offerten aus Mitteldeutschland und Schlesien zusammen, was einen empfindlichen Druck auf die Preise ausübte. Sehr ruhig war die Haltung des Mehlmarktes; die Preise für Roggenmehl blieben stetig, für Weizenmehl waren sie eher nachgebend. Im Hafer- und Gerstengeschäft hat sich nichts geändert.

	<u>26. August</u>	<u>27. August</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	245 - 248	241 - 245
Roggen	177	179
Braugerste	205 - 225	204 - 222
Futter- und Industriergerste	183 - 198	183 - 198
Hafer	186 - 196	184 - 194
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,00 - 37,00	28,75 - 36,75
Roggenmehl	24,85 - 27,25	24,90 - 27,25
Weizenkleie	9,50 - 9,75	9,50 - 9,75
Roggenkleie	9,00 - 9,25	9,00 - 9,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 254½-256½ (Vortag: 255½), Oktober 257½-258½ (260), Dezember 266-267 (266), Roggen September 182½-183 (181½), Oktober 186-187 (186), Dezember 196-197 (195), Hafer September 173½ (173), Oktober 177 Geld (177½), Dezember 185-186½ (185).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 27. August 1930

Schbass bein Obdigger.^x

Von Werner Illing.

SPD. Beim Optiker.

Paul kann in der Schule nicht erkennen, was der Lehrer an die Wandtafel schreibt. "Da geh ma middn Jung' bein Obdigger..!" hat die Mutter gesagt. "Der schbegulierd bloss uff ne Brille..." hat der Vater geantwortet, "...aber s'is eechahl, mir genn' schon ma bein Obdigger gehn, wennde meenst, Mudder."

Onkel Karl hat sich erboten, an der Expedition teilzunehmen.

Der Optiker weiss Bescheid. Er setzt dem Knaben ein Blechgestell auf die Nase, der Kasten mit Einsatzgläsern steht aufgeklappt bereit, er ist mit blauem Sammet ausgeschlagen.

Paul wird auf einen Stuhl geknickt, der Optiker tritt zur Lesetafel, auf der Zahlen und Buchstaben von den feinsten bis zu den größten aufgedruckt sind.

"Was ist das?" fragt er pädagogisch - mild und deutet auf ein mittleres Q.

"A!" sagt Paul sicher.

"Das sieht doch e jedes Färd, dass das e Kuh is, entrüstet sich der Vater, mach's Maul zu un schbärr de Oochn uff, Junge, sonst glatschts!"

"Lass den Jung' nur machn..." begütigt Onkel Karl.

"Da gibts nischt zu feixen, Garl.." Der Vater ist aber sehr wild.

"Ich feixe garnich!" sagt Onkel Karl und feixt übers ganze Gesicht.

"Sie dürfen das Kind nicht verschüchtern, meine Herren", meint der Optiker.

Er tippt auf der nächstgrösseren Linie eine fette 3 an. "Und das, Kleiner?"

"Erscht war A...flüstert Paul und heftet seinen Blick sorgenvoll an die Decke...da gommt chetzd R...(laut) R, Herr Lehrer!"

"Unglaublich!" Der Optiker wechselt die Glaseinsätze, der Vater ist ganz bestürzt. "Von mir gann'r das nich ham...mir ham erschdglass'che Oochn in meiner Famielje, Oochn wie Luxe, da gibds nischt..."

"Na, junger Mann, nu strengen Sie sich mal 'n Bisschen an..!"

Paul wetzt ängstlich auf seinem Stühlchen hin und her. Er schaut auf den Vater, der wie gebannt auf den Buchstaben starrt, der am Finger des Optikers hängt. Ein freudiger Schimmer verklärt seine Züge, er hat es längst heraus, dass es ein W ist. Onkel Karl kneift ein Auge zu, als ihm Pauls hilflehender Blick begegnet. Er runzelt vielsagend die Stirne.

Paul zählt an den Fingern ab: "A..R...(halb weinerlich, halb im Trotz)..S, Herr Lehrer!" Er duckt sich zwischen seine dünnen Schultern, sodass nur die roten Ohren hervorschauen. "...chetzd gommt S", seufzt er noch einmal.

"Der Junge is blind", stöhnt der Vater und trocknet sich den Schweiß von der Stirn. Der Optiker schüttelt sehr bedenklich den Kopf und ändert den Einsatz aufs Neue.

"Merkste nischt?" fragt Onkel Karl den Vater erwartungsvoll und kann mit Mühe das Lachen verbeissen.

"Was sollch'n merken..? Wer weess, filleicht hat der Junge 'n grauen Schdar...?"

"Quatsch!" entgegnet Onkel Karl und sieht plötzlich böse aus.

Der Knabe ist verbiestert, sagt sich der Optiker, man muss ihm eine ganz einfache Aufgabe stellen, um sein Selbstvertrauen zu stärken. Der oberste Buch=

stabe der Skala ist ein schuhgrosses A, ein Reklame = A, auf tausend Schritte kenntlich.

Paul senkt plötzlich den Kopf, unter dem Blechgestell kullern Tränen hervor. "Sch...sagt er, er zischt wie eine kleine Lokomotive...sch...sch...sch..." heult, plärrt und prustet hemmungslos heraus: "...mehr sach' ich nich, nee, mehr sach' ich nich..."

Der Optiker krümmt sich wie ein Spiralnebel, der vergebens um die Schöpfungsrätsel kreist. Sein Blick gleitet hilflos über die diversen Barometer an der Wand, während seine Hand müde an der Zeichentafel herabrutscht.

Der Vater betrachtet seinen Sohn wie eine scheussliche Missgeburt. Aber noch ist Onkel Karl da! Er schiebt sich breit vor Paul, zieht den Kopf ein, wie ein gereizter Bulle und schreit erbost: "Merkste noch immer nischt, Richard!"

Wie aus schweren Träumen lallt der Vater: "Was, Herrjeeses, sollch denn eechahl merken, Garl? Nu heere endlich ma uff... (halb schluchzend)...das arme Gind...mr solldes noch fier meechnlich haldn..."

"Wennde geen Schbass mehr verstehsd, Richard, explodiert Onkel Karl, dann hads ooch geen Zweck, dass'ch mid bein Obdigger gehn tue...Denn Feieramd!" und will raus. Aber schon ist Paul vom Stuhl geglitten, verschluckt tapfer die Tränen und hängt sich an Onkel Karls Hosenboden. "Die Marg, Ongel Garl...die Marg, die de mir verschbrochen hasd!" Es ist der Wilde Aufschrei der gepeinigten Kreatur, dem sich auch Onkel Karls enttäuschte Wut nicht entziehen kann. Er greift grossartig in die Westentasche und wirft Paul einen Fuffziger hin.

"Das is fier de erschte Hälfte..." knurrt er verächtlich. "Den Rest gannsd de dein' begabdn Vatr ins Ohrloch flistern...!" reisst sich los und knallt die Tür hinter sich zu.

Oeffnet die Tür behutsam, steckt den Kopf durch den Spalt und sagt versöhnlich: "Gee bissl Humor, ihr Brieder...Ich geh immer in de Gneibe nieber, Richard...wünsch gudenamd".

Schliesst die Tür, als ginge sie in ein Schwerkranken Zimmer.

Geisterhaft senkt sich noch einmal die Klinke. Nur eine Nase erscheint. Unendlich zart und aus entrückten Sphären tönt Onkel Karls Stimme: "Nischt fier ungut...Herr Obdigger..."

Die Sowjetstern=Faschisten.

Selbst Onkel Wotan sieht das gern -
Heinz Neumann und Herr Adolf Hitler
Als deutsche Freiheitsgeist=Vermittler,
Das Hakenkreuz im Sowjetstern!

Was einst sich schlug, ist sanft vereint
Herr Frick macht "Teddy" jetzt Visite
Sie schneiden teutsche Ullstein=Schnitte
Und alles war nicht böse gemeint!

Stolz wehn die Hakenkreuzler=Phrasen
Vom Sowjetstern und umgekehrt,
Denn was der Nazi=Chef gelehrt
Wird nun den Kozis vorgeblasen!

Mann kann sie nicht mehr unterscheiden,
Der Teddy ähnelt Dr. Frick

Und Goebbeles ist halt ein Stück
Nun, sagen wir, von allen Beiden!

Ihr seid die wahren Kommunisten--!
Vorn: sowjetdeutsches Morgenrot
Und hinten: letztes Aufgebot --,
Grüss Gott, die Sowjetstern=Faschisten!

Kuka.

Detektivisches Gespräch.^x

Groteske von Harry Schreck

SPD. "Der alte Diener mit dem weissen Backenbart war es nicht", äusserte Nick Carter düster, indem er mit jenem durchdringenden Adlerblick, der ihn auf mindestens dreiundvierzig Fortsetzungslieferungen zu verpflichten pflegte, seine Fingernägel besah, "es kann nicht der Diener gewesen sein. Denn es wäre allzu einfach, in einem Manne, der wegen Scheckbetrugs vorbestraft ist, den Mörder zu vermuten. Und ich bin schliesslich Detektiv. Wir sind nicht für billige Lösungen die auf der Hand liegen. Denn sonst müssten wir auf den Chauffeur mit dem Holzbein raten. Nur, es widerstrebt mir zutiefst, den Verbrecher in einem Menschen zu finden, der wegen Totschlags im Zuchthause gesessen hat. Ich denke, das wäre zu unkompliziert..."

Der andere, es war Kollege Sherlock Holmes, schwieg beharrlich; aber der Dampf seiner Shagpipe umwölkte mit immer geheimnisvollerer Heftigkeit das energische Profil des Meisterdetektivs, der im Lederklubsessel sass.

+

"Wir stehen vor dem unerhörtesten Verbrechen, das uns in unsern Laufbahnen begegnet sein dürfte", nahm Nick Carter nach kurzer Weile das Gespräch wieder auf. "Denn hier sind nicht allein eine Filmdiva, zwei Bankpräsidenten und drei Kassenboten ermordet worden - hier ist auch ein Mann in einer schwarzen Seidenmaske aufgetaucht, ein Diamantenarmband von Millionenwert verschwunden, ein Dom mit Dynamit in die Luft gesprengt und der Verein reitender Zahnärzte mit Opium vergiftet. Dass in diesem Zusammenhang auch der uneheliche Sohn des Maharadschahs von Lahore entführt und ein Puma aus seinem Zwinger befreit wurden, erwähne ich nur der Ordnung halber nebenbei".

Sherlock Holmes begann sich aus seinem Nachsinnen aufzuraffen. "Muss es Ihnen nicht auffallen", murmelte er mit einer Ueberlegenheit, die jeden seiner Verehrer entzückt hätte, "dass jener bulgarische Maler, der hier vor einer guten Viertelstunde das Zimmer durchschritten hat, ohne Zweifel keinen Smaragdring am kleinen Finger der linken Hand trug? Er hat heute morgen einen Wagen bestiegen, auf dem vier Männer mit gefärbten Augenbrauen sassen, und dann sein Mittagessen an einem Stammtisch verzehrt, wo ein einäugiger Kellner mit sommersprossiger Stirn bedient. Er ist jetzt gegangen, um das Banksafe einer verstorbenen Gräfin mit dem Stemmeisen zu öffnen".

"Wir werden den Fall des bulgarischen Malers im Anschluss an unsere jetzige Unternehmung aufklären", äusserte Nick Carter mit Nachdruck. "Ich komme auf die augenblickliche Lage zurück und mache Sie darauf aufmerksam, dass die einzige Person, auf die bisher kein Argwohn gefallen ist, eine taubstumme Blumenverkäuferin ist. Denken Sie nach: sie stopft Strümpfe in ihrer Freizeit. Wir kommen hier auf die Spur: Menschen, die Strümpfe stopfen, wollen sich den Anschein voller Harmlosigkeit geben. Es bleibt bei der Blumenverkäuferin, sage ich Ihnen. Der Polizei ist das natürlich entgangen, weil die Polizei bei solchen Aufgaben auf das schmäblichste versagt".

"Es muss der bulgarische Maler gewesen sein", flüsterte Sherlock Holmes, indem er sich mit plötzlichem Lächeln über den Tisch beugte, "denn der bulgarische Maler hat überhaupt nichts mit dem Fall zu tun, während die taubstumme Blumenverkäuferin immerhin an der Mordstätte vorbeigegangen ist. Jeder weiss, dass sich Mörder zu irgendwelcher Zeit in der Nähe ihrer Opfer zu zeigen haben."

"Sie vergessen den Mann mit der schwarzen Seidenmaske!", antwortete Nick Carter geärgert. "Überlegen Sie doch, ein Mann mit einer Maske ist stets eine Frau. Ziehen Sie nun die ermordeten Kassenboten und das Dynamit in den Umkreis Ihrer Erwägungen. Ja, und wenn Sie auch jetzt noch nicht überzeugt sein sollten, eine tote Filmdiva und der uneheliche Sohn des Maharadschahs müssten es unwiderleglich beweisen, dass hier nur die taubstumme Blumenverkäuferin in Betracht kommen kann".

"Wir werden", entgegnete Sherlock Holmes in männlichem Ernst, "den bulgarischen Maler und die taubstumme Blumenverkäuferin verhaften. Aber damit wir ganz sicher gehen, wollen wir auch den sommersprossigen Kellner und jene vier Männer mit den gefärbten Augenbrauen in Gewahrsam nehmen. Dann haben wir alles beisammen, was anscheinend mit dem ungewöhnlichen Fall nichts zu tun hat."

Das Geräusch, mit dem einige Gestalten eintraten, liess Nick Carter sowie Sherlock Holmes aufblicken. Vor ihnen standen, von sechs revolverzückenden Polizisten begleitet, drei Männer in Handschellen.

"Sie verzeihen die Störung", und der Sprecher, der als erster hervortrat, trug den weissen Backenbart des alten Dieners, "auf dem Wege zur Polizeiwache treffen wir zufällig hier mit Ihnen zusammen. Leider teilen die Herren, welche uns festgenommen haben, nicht den Glauben, dass der frühere Scheckbetrug jeden weiteren Verdacht binfänglich mache. Sie sind der Meinung, dass solche unkomplizierten Verhältnisse den Argwohn begünstigen".

Nick Carter lächelte zum Kollegen Holmes hinüber; und Kollege Holmes lächelte zu Nick Carter zurück. "Hier sind selbstverständlich die Falschen verhaftet", riefen sie beide gleichzeitig aus.

"Zu meinem aufrichtigen Bedauern", nahm der Nächste das Wort; und bei näherem Zusehen war es der Chauffeur mit dem Holzbein, "hat mich weder der Totschlag noch mein Zuchthaus vor der augenblicklichen Festnahme geschätzt. Ein verschrobener Eigensinn hat uns zu diesen Handschellen verholfen, obwohl Männer von vorgeschrittenem Denken wie Sie heut mitleidig über so einfache Massnahmen lächeln und schärfere Methoden befolgen".

Sherlock Holmes lächelte zu Nick Carter hinüber; und Nick Carter lächelte zu Sherlock Holmes zurück. "So arbeitet die Polizei!", und man wusste nicht, ob dies Nick Carter oder Sherlock Holmes sagte.

"Wenn ich Sie darauf aufmerksam machen darf", und der entsprungene greise Raubmörder drängte sich in den Vordergrund; "wir haben alle Ursache, Ihnen für Ihre Theorie zu Dank verpflichtet zu sein. Leider haben wir, uns das wurde unser Verhängnis, allzu fest darauf vertraut, dass auch die Polizei sich Ihren Gepflogenheiten angepasst hat. Das ist schade; denn sonst ständen wir nicht hier. Aber die Polizei ist eben rückständig..."

"Sie sind ein aussergewöhnlicher Fall", sprach Nick Carter nachdenklich, "denn Sie sind hinter unseren Trick gekommen, mit dem wir jeden entlarven".

"Woher wussten Sie das", fragte Sherlock Holmes langsam, "dann wir unsere Mörder grundsätzlich nur unter denen aussuchen, die unverdächtig scheinen?"

"Nun, man liest nicht umsonst dreiundvierzig Fortsetzungslieferungen", bemerkte der greise Raubmörder schlicht.

Posterlebnisse aus Anatolien.^x

Von unserem türkischen Korrespondenten.

SPD. Ueber die türkische Post- und Telegrafverwaltung kursieren viele hübsche Geschichtchen, die den Vorzug haben, dass sie fast alle wahr sind. So passierte vor einem Jahre die Geschichte mit dem Briefkasten auf dem Marktplat von Brussa. Ein Mann, der dort einen Brief einwerfen wollte, sah sich in seinen Absichten behindert, weil der Brief - nicht hineinging. Er beschwerte sich - er muss ein Revolutionär gewesen sein, denn der richtige Türke beschwert sich nicht - beim Postamt, worauf ihm ein Beamter mitgegeben und der Briefkasten geöffnet wurde. Der Brief des Beschwerdeführenden war deswegen nicht hineingegangen, weil der Briefkasten voll von Briefen war, denn die Post hatte seit einem halben Jahre vergessen, den Kasten zu entleeren. Die Postbehörde entschuldigte sich in der Zeitung der Stadt und fügte beruhigend hinzu, dass sie die vergessenen Briefe nun aber "mit der grössten Geschwindigkeit" expediert habe.

Die folgende Geschichte hat mir ein Bekannter erzählt, der vor einigen Tagen aus einer gar nicht kleinen anatolischen Provinzstadt nach Istanbul zurückgekehrt ist. Ich lasse ihm das Wort:

"Also ich gehe zum Telegrafnamt und frage: "Kann ich hier ein Telegramm aufgeben?" -

"Ewet, Efendi" ("Ja, Effendi").

"Auch nach Europa?"

"Ewet, Efendi".

"Kann ich das jetzt gleich tun?"

"Chair, Efendi" ("Nein, Efendi"), der Direktor ist jetzt nicht da."

"Wann kommt der Direktor?"

"In einer Stunde, Efendi, oder auch in zwei".

Nach zwei Stunden komme ich wieder und finde den Direktor. Er empfängt mich wohlwollend: "Du willst ein Telegramm nach Europa aufgeben, Efendi?"

"Ewet, Efendi?"

"Gut. Das können wir besorgen. Aber wir wissen nicht den Tarif."

"Du musst doch einen Tarif hier haben?" frage ich.

"Chair, Efendi, wir haben keinen Auslandstarif hier, Ich muss erst nach Angora telegrafieren um den Tarif."

"Wann wirst Du denn telegraphiert haben?"

"Komme in einer Stunde wieder - alles wird bereit sein".

Nach einer weiteren Stunde dringe ich stürmisch beim Direktor ein und überfalle ihn mit der Frage: "Hast Du nach Angora telegraphiert?"

Der Direktor lächelt überlegen: "Chair, Efendi, es war nicht nötig. Der Schreiber hat den Tarif gefunden. Willst Du Dein Telegramm über New York aufgeben?"

"Chair Efendi, es soll nach Europa. Nach der Schweiz. Nach Basel."

"Efendi", sagt der Direktor belehrend, wir geben von hier Auslandstelegramme nur über New York".

Ich beginne einen grossangelegten Geographieunterricht: "Schau, erst kommt die Türkei, dann Bulgarien, dann Südslawien, dann Awusturya (Oesterreich) und dann die Schweiz. New York liegt in Amerika hinter dem grossen Meer."

"Das macht nichts", sagte der Direktor hartnäckig, "wir geben telegramme immer über New York. Das letzte Auslandstelegramm ist auch über New York gegangen."

"Meinetwegen gib das Telegramm über New York. Aber gib es endlich auf".

"Du musst schreiben" sagt der Direktor. Mittlerweile wird Tee gebracht, und ich warte mit Zigaretten auf. Dann schreibe ich das Telegramm: ausser der Adresse ein einziges deutsches Wort. Der Direktor liest es aufmerksam durch.

"Du hast einen Fehler gemacht, Efendi" sagt er dann. "Hier sind drei Buchstaben hintereinander, die in keiner Sprache der Welt hintereinander stehen können: "sch". Oder dies ist ein Codewort. Du musst mir den Code angeben."

"Efendi", sage ich, denn Ruhe ist vor allem geboten, wenn das Telegramm überhaupt befördert werden soll, "im deutschen ist "sch" derselbe Buchstabe wie im türkischen "s". Euer grosser Kemal Pascha hat für diesen Laut nur einen Buchstaben; wir sind noch weiter zurück und haben dafür drei".

Jetzt nimmt er das Telegramm endlich an, ich zahle und gehe erleichtert fort. Zwei Stunden sitze ich schon wieder im Hotel, als ein Bote vom Telegrafenamnt hereinstürmt und sagt: "Du musst sofort zum Direktor kommen. Es ist etwas passiert".

Jetzt jage ich zum Telegrafenamnt. Ganz unzeremoniell falle ich den Direktor an: "Was ist los?"

"Nimm Platz, Efendi", sagt der Gute missbilligend. "Den Fehler hast Du gemacht. Dein Telegramm ist abgegangen. Du hast aber nur "Basel" auf das Telegramm geschrieben und nicht "Schweiz". Dein Telegramm jagt jetzt in der Welt umher, und wer soll wissen, dass Basel in der Schweiz liegt?"

Triumphierend sieht er mich an. "Efendi", sage ich, "jeder Telegraphenbeamte in der Welt ein ein grosses dickes Buch. Darin stehen die Namen aller Städte und Orte mit drahtlichen Stationen, und hinter jedem Namen steht in Klammern das Land, in dem die Station liegt. Darin sieht der Beamte nach. Du musst auch solch ein Buch haben".

Der Schreiber wird gerufen: "Haben wir hier ein grosses dickes Buch mit vielen Namen von Städten und Orten?"

Der Schreiber: "Direktor Efendi, ich weiss es nicht."

Ich: "Das Buch muss da sein. Überall ist solch ein Buch".

Der Direktor: "Suche das Buch. Das Buch ist da."

Eine Viertelstunde vergeht; endlich erscheint der Schreiber mit dem richtigen Buch. Es ist völlig verstaubt und noch nicht aufgeschnitten. Ich wische es sorglich ab und schneide den Anfang auf. "Siehst Du," sage ich zum Direktor, "hier steht Basel, und in Klammern dahinter steht Schweiz. Das lesen die Beamten, und dann wissen Sie, dass Basel in der Schweiz liegt."

Ein Strahl der Erleuchtung huscht über das Gesicht des Direktors. "Dann muss auch "K..." (die Station, von der diese Begebenheit erzählt wird) darin stehen" sagt er prophetisch.

"Auch K... muss darinstehen", sage ich, schneide das Buch weiter auf und zeige es ihm: "Siehst Du? Hier steht K... und in Klammern dahinter steht "Türkei". Wenn irgendwo in der Welt ein Telegramm nach Deinem Orte aufgegeben wird, so schauen die Beamten in dieses Buch und ersehen daraus, dass Deine Station in der Türkei liegt".

"Efendi", sagt der Direktor, "heute habe ich viel gelernt. Der Mann, der dies dicke Buch mit den vielen Namen geschrieben hat, muss ein grosser Mann sein, der alles weiss. Du aber bist auch ein gelehrter Mann, Du würdest ein grosser Telegrafist werden. Ich danke Dir, und wenn Du wieder in unsere Stadt kommst, dann besuche mich wieder."

Mein Freund aber hat sich geschworen, in K... nie wieder ein Telegramm aufzugeben.

SPD. Die Berliner Volksbühne wird Mitte September "Die Weber" Gerhard Hauptmanns in einer Aufführung herausbringen, deren Bühnenbild sich möglichst genau an das Bild der historischen Schauplätze des schlesischen Weberaufstandes halten soll.

Schriftstellerei=Betrieb.^x

SPD. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich auf allen Gebieten verschlechtert am stärksten bekommen das wohl die Schriftsteller zu spüren. So nimmt es nicht Wunder, dass im Zeitalter der Rationalisierung und Vertrustung auch die Schriftsteller sich zusammentun, um gemeinsam ihr Werk zu besorgen.

In Berlin haben sich drei Schriftsteller geeinigt, nicht mehr unter ihrem wahren Namen vor die Öffentlichkeit zu treten, sondern unter einem einzigen (Kollektiv=)Pseudonym zu arbeiten. Von dieser Anonymität versprechen sie sich viel: Steigerung der Leistung; Reklame; besseren Absatz. Ihre Arbeitsmethode ist aufs Modernste rationalisiert: wer von den dreien etwas schreibt gleichgültig ob längere oder kürzere Sachen, übergibt diese Arbeit den anderen beiden zur Begutachtung und Mitarbeit. Jeder verbessert an der Arbeit nach besten Kräften, tut was hinzu, streicht Ueberflüssiges - so erreicht man eine in jeder Beziehung einwandfreie, fehlerlose Arbeit. Die fertige Arbeit bekommt das Pseudonym der drei Beteiligten, dann wird sie fortgeschickt an die Redaktionen und Lektorate der Zeitungen und Verleger. Jeder der drei arbeitet mit an dem Werke, er sucht Adressen, macht Reklame für den "neuen Autor" und sucht nach besten Kräften Absatz. Die drei haben einen regelrechten Vertrag: keiner darf ausserhalb des Kreises schreiben, alle Einnahmen werden zu gleichen Teilen geteilt, ebenso die Auslagen für Papier, Porto usw. Und so merkwürdig es klingt: dieser neue Autor hat sich ziemlich schnell durchgesetzt, man findet ihn in den besten Blättern. Die Drei haben den "richtigen Riecher" gehabt. Es wird nicht mehr lange dauern und es gibt Dutzende solcher Schriftstellereibetriebe!

G.F.

SPD. Mordaufklärung durch Ultra=Strahlen. Zum ersten Male sind ultraviolette Strahlen von den amerikanischen Polizeibehörden zur Aufklärung eines Mordes in Chikago herangezogen worden. Es handelte sich um den Leichnam eines Mannes, der aus einem Abflusskanal gezogen wurde und bereits so stark verwest war, dass man nicht einmal die Rassenzugehörigkeit feststellen konnte. Unter Hinzuziehung ärztlicher Fachleute wurde ein Zahn aus dem Kiefer gezogen und zu einer feinen Masse zerstampft, die einer ultravioletten Behandlung ausgesetzt wurde. Die Zahnmasse gab unter den Strahlen einen phosphoreszierenden gelben Schein von sich, was von den medizinischen Autoritäten als ein untrügliches Kennzeichen der mongolischen Rasse bezeichnet wurde. Nach demselben Verfahren soll der Zahn eines Weissen einen grünlichen und der eines Negers einen rötlichen Schein von sich geben. Weitere Feststellungen der Chikagoer Polizei ergaben, denn auch, dass der Chinese dem erbitterten Kleinkriege zwischen den Tongs, den feindlichen chinesischen Verbänden Chikagos, zum Opfer gefallen war.

SPD. Pietschens erste Sorge. "Als das Schiff unterging", erzählte der Gast unter der atemlosen Spannung der Gesellschaft, "fiel ich ins Wasser. In diesem Moment erlebte ich mein ganzes bisheriges Leben in der Erinnerung noch einmal." Hier mischte sich freundlich Herr Pietsch ein: "Ist Ihnen in diesem denkwürdigen Moment auch ins Gedächtnis gekommen, dass Sie mir noch fünfhundert Mark schulden?"

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

16. Tag. V. Klasse. - Vormittagsziehung vom 27. August.

12 Gewinne zu je 5 000 Mk.	26272	27380	247599	304940	367559	30743
10 Gewinne zu je 3 000 Mk.	32708	167564	194301	228558	267670	
12 Gewinne zu je 2 000 Mk.	177051	271806	273012	342013	342233	382971
62 Gewinne zu je 1 000 Mk.	599	1682	66488	81661	90826	127442
	129026	129095	147086	150953	153849	160611
	174478	183755	191181	195449	200452	220447
	232450	232473	245494	255224	260965	280314
	288302	296289	296710	317970	320738	374703
	395892					
96 Gewinne zu je 500 Mk.	4615	19734	28974	30055	30751	32043
	39193	63445	89769	91087	104976	108859
	108944	111114	111955	112475	113217	130111
	136929	138678	145237	151806	163484	170392
	175097	181528	191533	204074	205532	212841
	218589	219310	249251	249771	258145	275028
	278126	305497	314822	323728	335002	338668
	346894	348307	350233	373953	389092	395863
220 Gewinne zu 300 Mk.	7201	11239	12474	17139	19112	19621
	29678	41844	55822	62563	68767	72264
	72466	76886	79930	80489	80627	88433
	93724	94786	99793	102355	104282	106231
	106553	108285	108658	115669	116825	121771
	122494	122500	125957	140125	144856	146680
	149273	151092	156246	156561	158399	164574
	169777	180058	189966	190725	191233	191893
	201548	203293	203372	204405	204682	205322
	206888	213453	215188	216398	217127	219226
	220741	226834	227144	228393	231744	231956
	236567	238366	241942	242167	244720	248706
	251035	251894	252824	258269	259195	259783
	260340	275150	278956	283680	285772	293443
	295036	297873	300384	300774	300782	303050
	307283	312796	327384	336767	339267	340363
	349365	350283	351779	353844	354796	356121
	358984	364369	365478	365623	376916	376961
	381983	386118				

16. Tag. V. Klasse. - Nachmittagsziehung vom 27. August.

2 Gewinne zu je 10 000 Mk.	110386					
4 Gewinne zu je 5 000 Mk.	237800	275668				
8 Gewinne zu je 3 000 Mk.	77014	128516	329981	333175		
10 Gewinne zu je 2 000 Mk.	29931	110773	119589	225553	297730	
40 Gewinne zu je 1 000 Mk.	10760	10902	24162	31934	32078	53901
	61147	92951	106544	196152	199995	205621
	206465	226847	256505	300753	310270	382682
	385499	396937				

56 Gewinne zu je 500 Mk.	2923	36540	44884	45050	52219	53799
	78214	91623	119596	130972	137157	147513
	148527	158608	162983	168979	179646	202297
	225537	244867	252506	263759	308915	329052
	348821	350372	375700	399125		
188 Gewinne zu je 300 Mk.	3216	4850	28378	28970	31625	32429
	35679	42895	47539	51202	57890	58883
	59006	60030	70770	71889	75553	79042
	81410	81747	86748	97345	97583	97597
	108061	113396	114663	115951	119644	122595
	127333	140437	146219	155027	158389	166777
	167384	168898	170072	172585	172694	177865
	181666	181868	183797	187203	188059	188861
	203110	204315	212912	219651	220813	221166
	221440	223301	223490	255033	267784	274502
	275147	277705	286118	289847	290338	290392
	290540	291318	293090	297738	299745	301939
	304025	312241	313927	315092	317540	317562
	322984	330386	332953	335461	337061	343800
	350814	351338	354452	354857	357263	366444
	373911	387967	389649	392091		

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je 500 000 Mk.	2 Gewinne zu je 75 000 Mk.
2 Gewinne zu je 50 000 Mk.	8 Gewinne zu je 25 000 Mk.
42 Gewinne zu je 10 000 Mk.	72 Gewinne zu je 5 000 Mk.
170 Gewinne zu je 3 000 Mk.	360 Gewinne zu je 2 000 Mk.
874 Gewinne zu je 1 000 Mk.	2062 Gewinne zu je 500 Mk.
5310 Gewinne zu je 300 Mk.	

SPD.